

Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (C. H. Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Postgeb.) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Brungmann, Hamburg.
Redaktion, Verlag u. Expedition: Hamburg 1, Wefenbinderhof 57/66, III.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Beitzelle oder deren Raum 30 \mathcal{A} .
für Verksamlungsanzeigen 10 \mathcal{A} pro Zeile.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1906.

Die Zahl der örtlichen Gewerkschaftskartelle ist im Jahre 1906 wieder um ein Beträchtliches gestiegen. Zu den Ende 1905 bestehenden 480 Gewerkschaftskartellen sind 78 neu gegründete hinzugekommen, so daß Ende des Jahres 1906 in 558 Orten Gewerkschaftskartelle vorhanden waren. Die Gründung von Kartellen erfolgte im letzten Jahre ausschließlich in kleineren Orten, und zum Teil in solchen Orten, in denen früher schon einmal ein Zusammenschluß der Gewerkschaften stattgefunden hatte, der aber wegen Interesslosigkeit, teils auch infolge Maßregelung, wieder in die Brüche gegangen war.

Die Statistik umfaßt auch für 1906 nicht sämtliche Kartelle, erstreckt sich vielmehr nur auf 526 = 95,1 pZt. der bestehenden Kartelle. Es fehlen in derselben die Kartelle folgender Orte: Barth a. d. O., Bieber, Braze i. O., Danzig, Dieburg, Emmerich, Fürstenberg a. d. O., Gleiwitz, Göttingen, Greiz i. V., Hastedt, Hermsdorf i. S., Jeber, Marienburg i. Westpr., Marienwerder, Osterode i. Ostpr., Pirmasens, Posen, Rosenheim, Rudolstadt, Salzwedel, Schwefingen, Steinach, Varel, Waldkirch, Waltershausen, Weinheim.

Davon wurden erst im Jahre 1906 gegründet die Kartelle in Emmerich, Fürstenberg a. d. O., Hastedt, Hermsdorf i. S., Marienwerder, Osterode i. Ostpr., Salzwedel, Steinach und Waldkirch.

Das Kartell in Weinheim war zeitweilig eingegangen, die Geschäfte wurden durch einen Vertrauensmann erledigt, der jedoch einen Bericht nicht zu geben vermochte.

Im Jahre 1905 waren 98,9 pZt. der Kartelle an der Statistik beteiligt, und wir durften mit Recht annehmen, im Jahre 1906 der Erfüllung unseres Wunsches, der Beteiligung aller Kartelle an der Statistik noch näher zu kommen. Das ist nicht eingetroffen, und wir bedauern es um so mehr, als unter den fehlenden Kartellen sich verschiedene größere befinden, deren Fehlen in der Statistik geeignet ist, das Gesamtbild, wenn auch nur in geringem Maße, ungünstig zu beeinflussen. Wir haben nichts unversucht gelassen, um aus den betreffenden Orten das Material für die Statistik zu erhalten, jedoch war alles vergebens, und wir haben jetzt nur noch geringe Hoffnung, in absehbarer Zeit es dahin bringen zu können, daß die Statistik sich auf sämtliche Kartelle erstreckt.

Den 526 an der Statistik beteiligten Gewerkschaftskartellen sind insgesamt 7890 gewerkschaftliche Organisationen mit zusammen 1 500 202 Mitgliedern angeschlossen. Davon sind 1 500 202 Mitglieder an die Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände 7829 mit 1 494 586 Mitgliedern, 85 Lokalvereine mit 4245 Mitgliedern und 28 Zweigvereine anderer der Generalkommission nicht angegliederter Organisationen mit zusammen 1421 Mitgliedern. Die Zahl der Mitglieder der Zentralverbände betrug am Schlusse des Jahres 1 799 298. Es sind demnach 88,1 pZt. dieser Gewerkschaftsmitglieder in den Kartellen vereinigt. 1905 waren von 1 162 331 Gewerkschaftsmitgliedern 81,8 pZt. den Gewerkschaftskartellen angeschlossen. Von den 85 Lokalvereinen, welche den Gewerkschaftskartellen angeschlossen sind, befinden sich allein 16 mit 2815 Mitgliedern in Solingen. Die übrigen 19 Vereine verteilen sich auf weitere 12 Orte. Zwei dieser Lokalvereine — einer in Berlin und einer in Köln — sind solche, für deren Beruf eine Zentralorganisation nicht besteht.

Seit dem Jahre 1901 sind in mehr als 200 Orten Kartelle gegründet worden, und die Zahl der den Kartellen angeschlossenen Gewerkschaften hat sich seitdem nahezu verdoppelt. Die Zahl der in den Kartellen vereinigten Gewerkschaftsmitglieder hat sich aber in demselben Zeitraum mehr als verdreifacht. Daß die Kartelle sich immer mehr zu Interessenvertretungen der Zentralverbände entwickeln, haben wir des öfteren gesagt, und diese unsere Behauptung findet in den vorliegenden Ziffern ihre volle Bestätigung.

Der Umfang der Gewerkschaftskartelle nach der Zahl der angeschlossenen Organisationen ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich.

Organisationen	Kartelle					
	1901	1902	1903	1904	1905	1906
2-5	61	66	64	59	66	74
6-10	118	181	186	147	161	182
11-15	58	75	74	76	94	107
16-20	38	35	47	50	57	60
21-30	28	31	37	44	57	62
31-40	10	16	18	15	14	24
41-50	5	7	5	9	10	9
über 50	5	4	6	5	6	8

Die Zahl der den Kartellen angeschlossenen Organisationen hat im Jahre 1905 um 16,8 pZt. und im Jahre 1906 nur um 13,8 pZt. zugenommen, obgleich 1906 mehr Kartelle ins Leben gerufen worden sind, als im Jahre 1905. Ein Beweis, daß nur in kleineren Orten mit wenig Organisationen Kartelle gegründet wurden. Auch zeigt die Zusammenstellung, daß die Kartelle mit zwei bis zehn angeschlossenen Organisationen die größte Zunahme aufzuweisen haben. Daß auch die Zahl der Kartelle mit mehr als zehn Organisationen eine Steigerung aufweist, ist nicht auf die Gründung neuer Kartelle zurückzuführen, sondern auf die Errichtung neuer Zweigvereine bestehender Gewerkschaften und den Anschluß derselben an bestehende Kartelle. Die Ausbreitung der Gewerkschaften, die Gründung neuer Zweigvereine der Zentralverbände in bisher noch mehr oder weniger indifferenten kleinen Städten bewirkt zunächst eine Vermehrung der kleinen Kartelle, gleichzeitig aber werden kleinere Kartelle durch den Anschluß neuer Zweigvereine zu größeren. So vollzieht sich alljährlich eine Verschiebung von unten nach oben, an der wir einigermaßen beobachten können, in welcher Weise die Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisationen vor sich geht. Daß die Gewerkschaftsbewegung in Kleinstädten und auf dem Lande langsamer fortschreitet als in Groß- und Mittelstädten, liegt in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet und ist allgemein bekannt. Die Wahrnehmung, die wir im vorigen Jahre hinsichtlich des Fortschritts der Gewerkschaftsbewegung gemacht haben, finden wir auch in diesem Jahre wieder durch die Statistik bestätigt. Nämlich die Tatsache, daß der Mitgliederzuwachs in den letzten beiden Jahren in den Mittelstädten größer war als in den Großstädten. Die folgende Tabelle zeigt, daß die Mitgliederzunahme besonders in den Orten mit mehr als 500 bis zu 5000 Gewerkschaftsmitgliedern zu verzeichnen ist.

Mitglieder	Kartelle					
	1901	1902	1903*	1904	1905	1906*
bis 100	12	21	18	11	11	10
101 " 200	50	46	54	47	50	43
201 " 300	42	56	42	49	41	50
301 " 500	60	66	64	82	87	87
501 " 1000	66	67	83	80	101	131
1001 " 2500	55	59	68	74	100	112
2501 " 5000	15	27	29	29	36	42
5001 " 10000	12	12	15	20	23	27
10001 " 25000	5	8	9	8	9	13
über 25000	2	2	4	5	7	10

* Von einem Kartell fehlt die Angabe der Mitgliederzahl.

Am Schlusse des Jahres 1905 waren in den Gewerkschaftskartellen 1 180 940 Mitglieder vereinigt, und am Schlusse des Jahres 1906 betrug die Gesamtzahl der in den Kartellen vereinigten Mitglieder 1 500 202. Die Zunahme beträgt somit 319 262 oder 27 pZt. Die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder ist nach der Statistik über die Stärke und Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften von 1 429 308 am Schlusse des Jahres 1905 auf 1 799 298 am Schlusse des Jahres 1906 gestiegen. Hiernach beträgt die Zunahme 25,9 pZt. Von der Gesamtzahl der in Kartellen vereinigten Gewerkschaftsmitglieder befinden sich 919 869 = 61,3 pZt. in den 41 Großstädten, gegenüber 59 pZt. im Jahre 1905. Ist also der Prozentsatz der in Großstädten vorhandenen Gewerkschaftsmitglieder gegen

das Vorjahr gestiegen, so zeigt folgende Gegenüberstellung der Zahlen doch, daß im allgemeinen das Wachstum der Gewerkschaften größer ist als speziell in den Großstädten.

Jahr	Mitgliederzahl insges. in deutsch. Gewerkschaften	Zunahme an Mitgliedern gegen das Vorjahr	Prozentfah der Zunahme	Mitgliederzahl in den 41 Großstädten	Zunahme an Mitgliedern gegen das Vorjahr	Prozentfah der Zunahme
1904	1116723	—	—	595862	—	—
1905	1429308	312580	28,0	748684	147772	25,0
1906	1799293	369990	25,9	919869	176235	23,7

Zwar ist die prozentuale Zunahme der Mitgliederzahlen in einigen Großstädten eine ganz enorme, aber es handelt sich hierbei gerade um die Städte, welche im vorigen Jahre einen Rückgang oder wenigstens keine Zunahme aufwiesen. Einen Rückgang verzeichneten für 1905 die Kartelle in Barmen, Bremen, Dortmund, Elberfeld, Plauen i. Vogtland und Rixdorf. Eine Zunahme von nur 23 Mitgliedern hatte Erfeld. Für 1906 ergibt sich in den genannten Städten eine Mitgliederzunahme von 132,9 pZt. in Barmen, 86 pZt. in Bremen, 71,2 pZt. in Erfeld, 68,6 pZt. in Dortmund, 156,6 pZt. in Elberfeld, 88,7 pZt. in Plauen i. V. und 71,6 pZt. in Rixdorf. Der Rückgang der Mitgliederzahlen in den genannten Städten war, worauf wir im vorigen Jahre bereits hingewiesen haben, nur ein scheinbarer, und deshalb ist auch der für 1906 konstatierte enorme Zuwachs nur scheinbar vorhanden. Unter normalen Verhältnissen wäre der durchschnittliche Prozentsatz der Mitgliederzunahme in den Großstädten noch geringer als hier nachgewiesen.

Die Zahl der den Kartellen nicht angeschlossenen Zweigvereine der Zentralverbände ist immer noch ziemlich groß. Insgesamt stehen in 215 Orten 400 Zweigvereine den örtlichen Kartellen fern.

Den Gewerkschaftskartellen nicht angeschlossen waren:

1901		1902		1903		1904		1905		1906	
In Orten	Gewerkschaften	In Orten	Gewerkschaften	In Orten	Gewerkschaften	In Orten	Gewerkschaften	In Orten	Gewerkschaften	In Orten	Gewerkschaften
75	je 1	90	je 1	104	je 1	91	je 1	109	je 1	109	je 1
51	" 2	50	" 2	39	" 2	52	" 2	48	" 2	58	" 2
26	" 3	20	" 3	16	" 3	22	" 3	28	" 3	28	" 3
15	" 4	9	" 4	12	" 4	11	" 4	13	" 4	14	" 4
—	" 5	5	" 5	4	" 5	8	" 5	5	" 5	2	" 5
1	" 6	2	" 6	1	" 6	1	" 6	—	" 6	8	" 6
1	" 7	—	" 7	—	" 7	2	" 7	1	" 7	1	" 7
—	" 8	2	" 8	1	" 8	1	" 8	—	" 8	—	" 8
169	328	178	339	177	312	183	348	199	363	215	400

Nächst dem Verbands der Buchdrucker stellen die Organisationen des Baugewerbes, Maurer, Zimmerer, Maler, Dachbeder, Bauhilfsarbeiter, ferner die der Maschinenisten, Metallarbeiter und Schneider die größte Zahl der den Kartellen fernstehenden Zweigvereine. Von 7678 in den Kartellorten bestehenden Organisationen gehören 7278 = 94,8 pZt. den Gewerkschaftskartellen an. In dieser Hinsicht ist seit 1903 kaum eine Besserung eingetreten, denn es waren während der vier Jahre stets etwas mehr als 5 pZt. der in Kartellorten bestehenden Organisationen den Kartellen nicht angeschlossen.

Es waren Zweigvereine der größeren Organisationen in den Kartellen vertreten in den Jahren

	1903	1904	1905	1906
Holzarbeiter.....	354	374	421	476
Maurer.....	293	321	392	463
Metallarbeiter.....	318	354	382	431
Zimmerer.....	241	282	321	386
Maler.....	213	238	272	308
Bauarbeiter.....	154	187	226	278
Buchdrucker.....	201	211	240	269
Fabrikarbeiter.....	174	195	220	263
Schneider.....	220	224	249	256
Brauereiarbeiter....	143	177	217	248
Schuhmacher.....	176	181	203	218
Tabakarbeiter.....	160	167	183	212
Transportarbeiter..	125	158	186	210

Nach der Statistik über die Stärke und Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften umfaßten im Jahre 1906

die vorgenannten Organisationen Zweigvereine oder Zahlstellen: Holzarbeiter 767, Maurer 1022, Metallarbeiter 441, Zimmerer 698, Maler 224, Bauarbeiter 370, Buchdrucker 526, Fabrikarbeiter 527, Schneider 291, Brauereiarbeiter 228, Schuhmacher 297, Tabakarbeiter 435, Transportarbeiter 257. Die unterschiedliche Organisationsform in den Verbänden läßt einen Vergleich hinsichtlich der prozentualen Vertretung in den Kartellen nicht zu. Das ergibt sich aus folgenden Beispielen. Der Metallarbeiterverband umfaßt 441 Zweigvereine. Nach der Statistik der Gewerkschaftskartelle sind 431 Zweigvereine dieses Verbandes den Kartellen angeschlossen, während weitere 17 Zweigvereine den Kartellen fernstehen. Die Differenz liegt darin, daß im Metallarbeiterverbande Zweigvereine bestehen, die sich auf große Bezirke mit mehreren Gewerkschaftskartellen erstrecken. So erstreckt sich die Verwaltungsstelle Berlin des Metallarbeiterverbandes auf einen Bezirk, in dem zwölf bis fünfzehn Gewerkschaftskartelle ihren Sitz haben, und jedes dieser Kartelle zählt die am Orte bestehende Mitgliedschaft als einen Zweigverein, der dem Kartell angeschlossen oder auch nicht angeschlossen ist.

Von den Zweigvereinen des Verbandes der Maler sollen 308 den Kartellen angeschlossen und weitere 20 den Kartellen nicht angeschlossen sein, während in der Gewerkschaftsstatistik dieser Verband mit nur 224 Zweigvereinen verzeichnet ist. Die Zahl der Städte, auf die sich der Verband erstreckt, beträgt jedoch 568, deren häufig mehrere zu einem Zweigvereine zusammengefaßt sind, von den Gewerkschaftskartellen aber als einzelne Zweigvereine gezählt werden.

Verichtigung.

Im Leitartikel der vorigen Nummer, zweite Spalte, erste Zeile, heißt es, Churchill habe gesagt: „Es gibt zwei Wege, auf denen die Deutschen zum Wohlstande gelangen können.“ Es soll nicht heißen: „die Deutschen“, sondern „die Menschen“.

Klagende Schmarozer.

Th. Berlin, 11. August.

Will der Großfabrikant nichts wissen von Vergesellschaftung der Produktion, so ist das begreiflich. Der Betrieb größter Fabriken und anderer Unternehmungen durch Aktiengesellschaften oder in anderen Formen des Kollektivbesitzes hat zwar längst schon die Fabel widerlegt, der persönliche Besitz sei unerlässlich, wenn ein Unternehmen sich gedeihlich entwickeln sollte; aber immerhin ist es, wie gesagt, zu verstehen, wenn jemand gegen die Sozialisierung der Produktion den Einwand erhebt, nur durch die persönliche Tätigkeit des Leiters eines Großbetriebes sei dessen profitabler Fortgang gewährleistet. Ebenso unrichtig zwar, doch ebenso begreiflich ist es, wenn jemand gegen den Sozialismus eifert, weil dieser die Berechtigung eines besonderen Handelsstandes nicht anerkennt, sondern eine Form des Warenvertriebes vorsieht, welche ohne das Mittelglied eines besonderen Kaufmannsstandes die direkte Verbindung zwischen dem Erzeuger und dem Abnehmer der Waren schafft. Und beweisen die Aktiengesellschaften, daß der persönliche Besitz einer Fabrik durchaus nicht notwendig ist, so zeigen die Produktivgenossenschaften und die direkten Verkaufsstellen für agrarische Produkte, daß der Handel recht wohl ausgeschaltet werden kann. Der Sozialismus würde demnach auch in seiner umstürzendsten Umsturzidee, in der Beseitigung der privaten Produktion und des privaten Gütervertriebes, nur Ansätze fortzubilden brauchen, die bereits der kapitalistische Klassenstaat hergebracht hat.

Ganz unliebsam ist es jedoch, wenn ein offenes Schmarozertum sich hinstellt und behauptet, es sei die eigentliche Grundlage der staatlichen Ordnung, das Rückgrat des Wirtschaftslebens. Fabrikanten und Kaufleute würden zwar in der sozialistischen Gesellschaft überflüssig sein, heute füllen sie aber immerhin noch eine volkswirtschaftliche Funktion aus. Dagegen sind schon heute die Hausbesitzer völlig überflüssig; sie sind Schmarozer. Und wenn sie, wie es soeben in Hamburg geschehen ist, sich hinstellen und ein fürchterliches Lamento anschlagen über ihre angebliche Notlage, so ist das nichts anderes, als wenn eine gemästete Wanz über die Unbankbarkeit der Menschen klagt, denen sie das Blut abgezapft hat.

Es gibt kein überflüssigeres Möbel als den privaten Hausbesitzer. Würde durch einen Federstrich heute „der ehrbare Stand der Hausbesitzer“, wie er in Hamburg genannt worden ist, abgeschafft, würde also beispielsweise eine Kommune, sie sei groß oder klein, alle Häuser in ihren Besitz bringen und durch eine Anzahl Beauftragter verwalten lassen, so würde morgen kein Mensch ein anderes Gefühl haben als höchstens das, daß am Leibe des Volkes eine Wanzenfamilie weniger zehrt. Trotz ihrer absoluten Unberühmtheit haben sich die Hausbesitzer bei Tagung des Zentralverbandes der städtischen Haus- und Grundbesitzervereine in Hamburg geberdet, als müßte die Welt untergehen, wenn ihnen nicht ganz besondere Rechte eingeräumt würden. Sie fordern vom Staate, natürlich im „nationalen“ Interesse und zum „Wohle der Gesamtheit“, daß ihrem Ausbeutungsrecht gegenüber den Mietern kein Hemmnis in den Weg gelegt werde. Es sei auch nicht wahr, wenn von einer Kampfstellung gesprochen werde, die zwischen Hausbesitzer und Mieter bestehe; die Hausbesitzer wollten vielmehr den

Frieden. — Wer erinnert sich da nicht der Anekdote, daß ein Landpfarrer einem alten Bauern ins Gewissen redet, warum denn die Dorfbewohner so wenig in die Kirche kämen; er, der Pfarrer, wolle doch nur ihr Bestes, worauf der Bauer lächelnd an die Gelbtasche kopft und bebächtig antwortet: „Das wisse man wohl; aber eben unser Bestes wolle man nicht gebe!“ Der Friede zwischen Hauspächter und Mieter besteht darin, daß der Mieter sich ohne Sträuben bis in die Pupillen steigern und ausbeuten läßt.

Die volle Schale ihres Wanzenzornes schütteten die Hausbesitzer, die einen Mann wie den Dresdner Maulhelben und Arbeiterfreund Hartwig an ihrer Spitze als Verbandsdirektor haben, über die mageren Versuche aus, seitens des Reichs, der Staaten und der Kommunen durch Unterstützung der Baugenossenschaften ein wenig die Wohnungsnot zu lindern. Das wurde geradezu als Hochverrat charakterisiert. Auch die Eingemeindung der Vororte in die Großstädte und die Herstellung billiger Verkehrsmittel, wie Straßenbahnen, zwischen den Vororten und den Fabrikvierteln der Großstädte wurde als eine Schwächung der hausbesitzerlichen Grundrechte hingestellt. — Die Wertzuwachssteuer auf Grundstücke fand natürlich erst recht nicht die Billigung durch den Schmarozerverband. Es wurde den Hausbesitzern der Rat gegeben, in den städtischen Körperschaften ihren Einfluß so zu steigern, daß jeder Anschlag auf die „mühsam erworbenen“ Groschen der Hausbesitzer zurückgewiesen werde. Daß die zahmen Bodenreformer à la Damaght, die nur den Grund und Boden in Gemeinbesitz überführen wollen, die Wut der Hartwiggarde erregten, versteht sich von selbst. Die Hausbesitzer düfften um Himmels willen nicht proletarisiert werden; denn sie seien „das sicherste Bollwerk gegen den Ansturm von unten her“.

Ernst zu nehmen ist ja solches blöde Geschwafel nicht. Man würde sich indes sehr irren, wollte man glauben, so unverschämte freche Forderungen fänden nicht trotzdem zehntausendfachen zustimmendes Echo. Seitdem die Parole befolgt wird, der Arbeiter sei nur ein Ausbeutungsprojekt, jeder könne sich von ihm abschneiden, was ihm schmecke, seitdem hält sich auch das Geschlecht der Hauspächter für beleidigt und in seinen heiligsten Interessen verletzt, wenn ihm nicht unbeschränkt das Wanzenrecht des Blutsaugens zugebilligt wird.

Anders als das Geschrei auf dem Strähwinkler Kongreß an der Wasserfronte mutet allerdings an, was auf dem internationalen Wohnungskongreß, der eben in London tagte, ausgeführt worden ist. Der Präsident dieses Kongresses, Baronet John Dixon Rounder, feierte den Kongreß als wahre Friedenskonferenz, denn durch das internationale Bestreben, die Wohnungsnot der arbeitenden Klassen zu beseitigen, würden die Bande der Freundschaft zwischen den Völkern befestigt und mancher internationale Zwist abgeschwächt. Im wohlthuenden Gegensatz zu dem Hamburger Hausbesitzertag befürwortete der Londoner Kongreß die Wohnungsinspektion durch besondere Beamte, die Unterstützung der Baugenossenschaften durch Staat und Gemeinde, die kostenlose Ueberlassung von Bauland, die Herstellung billiger Verkehrsverbindungen zwischen den Großstädten und den benachbarten Landorten, kurzum die Förderung aller Bestrebungen, durch welche die Beschaffung guter und billiger Wohnungen erleichtert wird. Wie aus dem vorerwähnten Sonnenbrand in eine kühle Dase verlegt fühlt man sich, wenn man nach dem Lesen der Hamburger Wanzennormal sich in die Sektüre der Londoner Kongreßberichte vertieft.

In keinem Lande der Erde wagen es die Hausbesitzer, so frech das Recht auf Ausraubung der Mieter zu fordern und diese Forderung noch mit dem Mantel patriotischer Staatsnotwendigkeit zu umkleiden, wie in Deutschland. Das Verhalten der Hausbesitzer in Deutschland ist nur ein weiterer Beweis dafür, wie verkommen bei uns die bürgerliche Moral der Besitzenden ist. Freilich: Wer einen Peters als Nationalhelden zu feiern vermag, der bringt auch noch anderes fertig. Und wenn die Hauspächter sich auf „nationale“ Interessen berufen, so mag ihnen das Wort des sehr konservativen Professors Paulsen entgegengehalten werden, der dieser Tage in der „Christlichen Welt“ schrieb: „Das Nationalitätsgefühl wird zur krankhaften Entartung; wenn es dahin führt, die sittlichen Maßstäbe zu verrücken oder überhaupt beiseite zu legen, sobald ein wirkliches oder vermeintliches nationales Interesse in Frage kommt. . . . Wirklich, wenn nicht mehr Gewissen — etwas mehr Logik sollte diese „patriotische“ Presse haben, und nicht in demselben Atemzuge die Engländer beschimpfen, daß sie es angeblich mit dem Sprichworte halten: Recht oder Unrecht mein Vaterland geht vor! und uns empfehlen, ja als dringendste patriotische Pflicht anbefehlen, es ebenso zu machen“ (nämlich den Peters als Nationalhelden auszurufen).

Wie Paulsen der Petersclique tauben Ohren predigt, so darf keiner auf Verständnis bei den Hausbesitzern rechnen, wenn er ihnen begreiflich machen will, sie seien nichts weiter als Schmarozer, weil niemand das Recht hat, aus dem Vermieten der Wohnungen an andere irgend einen Profit zu ziehen. Die Hauspächter wehklagen trotzdem; denn sie sind Patrioten.

Notizen und Glossen.

Handwerkskammern über Tarifverträge. In den jährlichen Berichten der Handwerkskammern spielt oft und viel der Tarifvertrag eine Rolle. Ueber das Wesen desselben, seinen Wert und seine Bedeutung gehen indes die darin ausgesprochenen Urteile sehr weit auseinander. Immerhin läßt sich sagen, daß allmählich eine gesündere Auffassung sich Bahn bricht und daß die ehemals gegen die Tarifverträge ins Feld geführten Argumente einer vernünftigeren Ansicht haben Platz machen müssen. So läßt sich der Geschäftsbericht der Freiburger Handwerkskammer für 1906/07 über die Tarifverträge wie folgt aus:

„Wir haben im vorjährigen Bericht bereits auf die Bedeutung der Tarifverträge hingewiesen und konnten inzwischen beobachten, daß weitere Kreise die Zweckmäßigkeit der gemeinsam zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen eingesehen haben. Ermöglicht doch die Tarifgemeinschaft in der Regel eine mehrjährige Stetigkeit im Gewerbe und gibt die Grundlage ab zu besseren Preiskalkulationen für die Meister.“

Nicht in allen Berichten wird ein so günstiges Urteil gefällt. Hoffen wir indes, daß sich solche bald mehren, denn nur dadurch, daß man die Gleichberechtigung der Arbeiter bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkennt, wird man ihren Bestrebungen gerecht, denn die Nichtanerkennung der Arbeiterorganisationen ist, wie selbst bürgerliche Kreise haben eingesehen müssen, „ein falscher und manchmal gefährlicher Standpunkt“.

Ein Notzettel aus Düsseldorf Zimmermeisterkreisen. Wie es um die wirtschaftliche Lage des Zimmerhandwerks in Düsseldorf bestellt ist oder, besser gesagt, bestellt sein soll, erhellt aus dem Jahresbericht der Handwerkskammer zu Düsseldorf für 1906/07. Der hierauf bezugnehmende Abschnitt lautet wörtlich:

Zimmerer.

Es gingen zwei Berichte ein. Der Bericht der Düsseldorfser Zwangsinnung sei wegen seiner interessanten Ausführungen hier wiedergegeben. Er lautet:

Die Geschäftslage war im vorigen Jahre im Zimmerhandwerk eine wenig befriedigende und ist Besserung auch in diesem Jahre wohl kaum zu erwarten.

Die Preise der Rohmaterialien, soweit hier das Bauholz in Betracht kommt, haben eine bedeutende Steigerung erfahren, die aber im allgemeinen auf den Gewerbebetrieb keinen Einfluß ausübten, da in jedem Falle mit dem jeweiligen Materialpreise gerechnet werden muß.

Die Löhne standen zu den Leistungen in gar keinem Verhältnis, weil die Tarifverträge die Leistungsfähigkeit der Gesellen ausschalten und nur noch von gleichwertigen, unzufriedenen die Rede sein kann. Die Tarifverträge, die die Meister leider anerkennen und gutheißen müssen, um wenigstens eine streikfreie Arbeitszeit zu haben, vernichten aber jedes Streben nach Ausbildung und hervorragendem Können bei den Gesellen und führen auf die Dauer dazu, daß nur noch mit unerfahrenen, interesselosen Leuten gearbeitet werden muß.

Die Abgaben welche die Zimmermeister zur Deckung der staatlichen und privaten Versicherungen aufzubringen haben, beanspruchen einen großen Teil des ohnehin schon knapp bemessenen Verdienstes und sind in keiner Weise geeignet, das Wohlergehen und Aufblühen des Gewerbes zu fördern. Ueberhaupt ist es sehr bedauerlich, daß viele Kollegen mit den großen Belastungen gar nicht rechnen und nur zu ihrem eigenen Schaden und zum allgemeinen Niedergange des Zimmerhandwerks die Preise drücken. Sehr bedauerlich ist es, daß die Wünsche der Meister in den allermeisten Fällen keine Beachtung finden und daß das Koalitionsrecht, welches den Gesellen eingeräumt wurde, für die Meister nicht vorhanden ist. Das Problem, das Besseren der Lage darstellend, ist ein vorzügliches Kampfmittel in den Händen der Gesellenführung. Dasselbe hat schon viel Unheil angerichtet, ohne auch irgendwo einen dauernden Erfolg gezeitigt zu haben. Die Löhne wurden gesteigert, die notwendigen und unnötigen Ausgaben stiegen mit und das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben blieb daselbe.

Schon lange ist das gesetzliche Einführen einer Streikklausel verlangt worden, jedoch wurde diese sehr berechtigte Forderung der Meister immer abschlägig beschieden oder einer unbefriedigenden Lösung überwiesen. Es sei hier noch ganz besonders darauf hingewiesen, daß die Streikklausel nur in solchen Fällen als zulässig und möglich gelten darf, wenn die Forderungen der Gesellen durch schiedsgerichtliches Erkenntnis als unberechtigt und unannehmbar bezeichnet werden. Im entgegengelegten Falle müssen die Meister nachgeben. Der Gerechtigkeit muß in allen Fällen auf das strengste Rechnung getragen werden, denn nur so ist es möglich, die streitenden Parteien zu einigen und die in steter Zunahme befindlichen Lohnkämpfe zu verhindern und zum größten Teile unmöglich zu machen. Das Handwerkergesetz vom 26. Juli 1897 enthält Bestimmungen, welche den Interessen der Handwerksmeister zuwider und von entschieden schädlichem Einfluß sind, und ist es ganz besonders § 100 q des Handwerkergesetzes vom 26. Juli 1897, dessen Beseitigung gefordert werden muß.

Die Beziehungen zu den Gesellen waren im allgemeinen wenig befriedigend, da, wie in sämtlichen anderen Gewerben, auch im Zimmerhandwerk, durch die Gegensätze das natürliche Zusammenwirken von Meistern und Gesellen vollkommen gestört wurde.

Der Abschluß eines Tarifvertrages mit der Freien Vereinigung hat zu einem Resultat nicht geführt, da die Lohn-erhöhung von 60 auf 63 $\frac{1}{2}$ pro Stunde, die die Meister im Einverständnis mit den Abmachungen des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe bezahlen wollten, nicht angenommen wurde. Die Gesellen beanspruchten einen Stundenlohn von 65 $\frac{1}{2}$ und dürfen niedrigere Löhne nur an Jungesellen, d. h. solche,

welche soeben die Lehre verlassen haben, gezahlt werden, und zwar im ersten Jahr 10 % weniger, im zweiten Jahr 5 % weniger. Bei altersschwachen Gesellen ist das Lohnverhältnis in kürzester Frist zu regeln. Die Arbeitszeit soll pro Tag 9 1/2 Stunden betragen. Die Zimmergesellen der christlichen Gewerkschaft verlangen bei derselben Arbeitszeit einen Stundenlohn von 63 %, und wäre ein Vertrag auch wohl auf dieser Grundlage zu stande gekommen, wenn nicht die Gesellen noch ein Landgeld von 5 % pro Stunde für Arbeiten in der Umgebung von Düsseldorf, z. B. in Weisholz, verlangt hätten.

Die Meister haben diese Forderung ablehnen müssen, da die auswärtige Konkurrenz überhaupt niedrigere Löhne zahlt, und bei einer ferneren Lohnhöhung zusätzlich des Jahrgeldes auf der Eisenbahn an Uebernahme von Arbeit nach außerhalb nicht mehr zu denken ist. Die christliche Gewerkschaft hat den Vertrag auch abgelehnt, da sich die Leitung auf eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen nicht einlassen zu können glaubte.

Eine Einigung ist zwischen den Meistern und den beiden Arbeiterparteien oder einer derselben nicht erzielt worden, und dürfte jede Einigung wohl noch so lange ausstehen, wie die sozialdemokratische Parteileitung die Willenskraft der Gesellen und Arbeiter willkürlich ausbeutet. Die Meister sollen nun einmal verschwinden und an ihre Stelle nur noch große Geschäfte treten, in denen nur die Sozialdemokratie noch Sitz und Stimme hat.

Der Mangel an Lehrlingen im Zimmerhandwerk ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die der Schule entwachsenen Knaben es vorziehen, sich der Fabrikarbeit zuzuwenden. Die jungen Leute haben den Schulzwang abgeschüttelt und bietet ihnen das Fabrikleben Annehmlichkeiten und dazu noch lohnendere Beschäftigung, wie dies im Handwerk möglich ist.

Die andauernd und mit vollkommenem Recht seitens der Innungsmitglieder bemängelten schlechten Zustände in der zuständigen Baugewerksberufsgenossenschaft haben eine wesentliche Menderung noch immer nicht erfahren. Die zahlungsfähigen Mitglieder müssen noch immer die Beiträge der sogenannten unpfandbaren Kollegen decken und dabei es sich noch gefallen lassen, daß diese ihnen Konkurrenz machen und die Preise in oft unwürdiger Weise drücken. Daß hier etwas geschehen muß, ist eine Forderung, die von den Innungsmitgliedern bei jeder Gelegenheit laut wird, weshalb auch an dieser Stelle an die allgemein bekannten unheimlichen Tatsachen erinnert werden soll. Wer der Versicherungspflicht dauernd nicht genügen kann, der muß auf die Beschäftigung von Gesellen oder Arbeiter Verzicht leisten; denn was man nicht bezahlen kann, das soll man sich auch nicht anschaffen.

Soweit der Bericht, aus dem wir nur einiges uns gar zu kraus Erscheinende herausgreifen wollen. Da ist zunächst das abfällige Urteil über die Tarifverträge, das dem oben abgedruckten aus Freiburg diametral entgegensteht. Wie trotz dieser tarifvertragsfeindlichen Gesinnung die Düsseldorfer Zimmermeister noch im diesjährigen Streik der Zimmerer auf den Abschluß eines Vertrages bis 1910 drängten, ist uns unerfindlich. Wenn in dem Bericht behauptet wird, daß das den Gesellen eingeräumte Koalitionsrecht für die Meister nicht vorhanden ist, so zeugt das von recht naiver Unkenntnis der Dinge. Würden wir darüber klagen, daß den Meistern bei Ausübung des Koalitionsrechts keinerlei Beschränkungen auferlegt werden, während unsere Tätigkeit in dieser Richtung in jeder Beziehung eingengt wird, so würde darin Sinn liegen. Aber wir klagen nicht, weil wir wissen, daß es uns nichts nützen und unseren Gegnern nichts schaden würde. „Das Problem, das Verbessern der Lage darstellend, ist ein vorzügliches Kampfmittel in den Händen der Gesellenführung. Dasselbe hat schon viel Unheil angerichtet, ohne auch nur irgendwo einen dauernden Erfolg gezeitigt zu haben.“ So kann nur jemand schreiben, dem die Wirksamkeit der Gewerkschaftsbewegung völlig fremd geblieben ist, oder wer absichtlich ihre Erfolge herabzusetzen bemüht ist. Daß „durch die Gegensätze das natürliche Zusammenwirken von Meistern und Gesellen vollkommen gestört wurde“, mag zugegeben werden. Ist das aber die Schuld der Gesellen, die auf eine Beseitigung der Gegensätze hindrängen, oder der Meister, die sie fortgesetzt schüren? Daß eine Einigung zwischen den Meistern und den Arbeitern „wohl noch so lange ausstehen dürfte, wie die sozialdemokratische Parteileitung die Willenskraft der Gesellen und Arbeiter willkürlich ausbeutet“, ist eine so banale Phrase, die dadurch, daß sie immer wiederholt wird, nur noch absurder erscheint. Im übrigen glauben wir die Vermutung aussprechen zu dürfen, daß in dieser Art Berichterstattung System liegt. Dem Verfasser und seinen Hintermännern kommt es darauf an, die Regierung und die Behörden gegen die Gewerkschaftsbewegung mobil zu machen, und dazu bedienen sie sich echt jesuitischer Kniffe. Auf eine Anwartschaft mehr oder weniger kommt es dabei nicht an.



Verbandsnachrichten.

Internationale Nachrichten.

Ueber den Pariser Zimmererstreik, über den wir schon kurz berichteten, wird uns noch folgendes mitgeteilt: Zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter war durch Verhandlungen ein Vertrag zustande gekommen, der von einem bestimmten Termin an in Kraft treten sollte. Als der Termin heranrückte, traten die Unternehmer von den Vereinbarungen zurück, weil ein Teil ihrer Kollegen nicht mittun wollte, der

Vertrag wurde mit einer knappen Majorität verworfen. Diesen Wortbruch beantworteten die Zimmerer mit dem Ausstand. Nun rechnet die Unternehmer darauf, dass in den Reihen der Arbeiter selbst Zerwürfnisse eintreten würden und sie richteten ihre Taktik danach ein. Es bestehen nämlich in Paris noch eine Reihe jener alten „Bruderschaften“ aus der längst entschwundenen Zeit der Zunftherrlichkeit. In diesen Gesellenvereinigungen spielen zum Teil Unternehmer oder Elemente, die sich als solche fühlen, eine gewisse Rolle. Auf den Einfluss dieser Elemente zu ihren Gunsten hatten die Unternehmer gerechnet. Aber sie hatten sich getäuscht, die Arbeiter blieben vollkommen einig. Es musste nun eine andere Taktik eingeschlagen werden und die Unternehmer leiteten selbst aufs neue Unterhandlungen ein. Zu diesen wollten sie aber nicht bloß die Vertreter der „Federation“, der modernen Organisation, zulassen, sondern sie hatten hierzu auch die Vertreter jener alten Gesellenvereinigungen eingeladen, eine Anzahl Delegierte, von denen zu befürchten war, dass sie mit den Unternehmern gehen würden, von denen aber gleichzeitig feststeht, dass sie ihre Mitglieder in dieser Frage keinesfalls hinter sich haben. Mit diesen zu unterhandeln, lehnten die Vertreter der Federation grundsätzlich ab und so zerschlugen sich die Verhandlungen. Der Streik dauert noch immer fort, Streikbrecher finden die Unternehmer fast gar nicht und es steht zu hoffen, dass die Bewegung zu Gunsten unserer Kameraden ausläuft.

* Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Laut Beschluß der 17. Generalversammlung sollen alljährlich bis zu 20 Mitgliedern an den Unterrichtskursen der Generalkommission auf Kosten des Verbandes teilnehmen. Vorbedingung zur Teilnahme ist in der Regel eine sechsjährige ununterbrochene Mitgliedschaft im Zentralverbande. Die näheren Bestimmungen über die Entschädigung für die Teilnehmer sind im Protokoll der 17. Generalversammlung, Seite 203, nachzusehen. Der Kursus, an dem unsere Mitglieder teilnehmen sollen, findet in Berlin statt. Derselbe beginnt am 11. November und endet am 14. Dezember.

Dieser Kursus, die gewillt sind, an genanntem Kursus mit teilzunehmen, werden ersucht, ihren Lebenslauf schriftlich niederzulegen und diesen mit ihrem Mitgliedsbuch bis spätestens den 14. September an den Unterzeichneten einzusenden.

Protokoll der 17. Generalversammlung.

Die bei uns bestellten Protokolle oben genannter Generalversammlung sind an alle Zahlstellen versandt. Nichtsdestoweniger werden noch heute von einzelnen Zahlstellen eine Anzahl Protokolle neu bestellt und andere Zahlstellen machen Nachbestellungen. Wir geben deshalb hiermit bekannt, daß weder Neu- noch Nachbestellungen von uns berücksichtigt werden können. Die hergestellte Auflage in broschierter Form ist vollständig vergriffen. Nur einzelne gebundene Exemplare stehen den Zahlstellen noch zur Verfügung.

Die nachstehenden Zahlstellen haben bis zum 13. August Abrechnung über das zweite Quartal noch nicht eingekandt: Aachen, Aisfeld, Apolda, Bad Kissingen, Brandenburg, Döbeln, Eisleben, Ellrich, Fallersleben, Frankenberg, Freiberg i. S., Gerswalde, Gießen, Hankensbüttel, Hermsdorf i. B., Hof i. B., Hohensalza, Jaktow, Jüterburg, Kalkberge-Rüdersdorf, Kattowitz, Königsbrunn, Konstanz, Lauban, Böbau, Lübbenau, Magdeburg, Mannheim, Merseburg, Muskau, Neuhaldensleben, Neuzelle, Nienburg a. d. W., Pforzheim, Pöhlitz, Röhbel, Sprottau, Schwarza, Schwenningen, Staßfurt, Steinach, Weimar, Weißwasser, Wiesbaden, Wolgast, Bahna, Boffen, Zweibrücken.

Der Zentralvorstand.

Unsere Lohnbewegungen.

Ausgesperrt sind die Zimmerer in Arnswalde, Berlin und Umgegend (Adlershof, Alt-Glienice, Cöpenick, Friedrichshagen), Celle, Wiesbaden und Zoppot.

Gestreift wird in Cottbus, Crefeld, Delmenhorst, Erfurt, Helmbrecht, Kalkberge-Rüdersdorf, Peiferwitz und Steindorf (Kreis Orlau), Penzig i. d. Lausitz, Pfungstadt b. Darmstadt, Plattling i. Bayern, Hofsta, Saarbrücken - St. Johann, Segeberg, Rickling und Umgegend und Sprendlingen.

Gesperert sind in Dresden das Geschäft von Dickerhoff & Widmann (Elbbrücke und Schlachthof), in Emmendingen das Geschäft von Müller, in Hagen i. W. die Geschäfte von F. Runte und F. Fischer, in Münster i. E. die Geschäfte von F. Saas und H. Martin Sohn, in Oshenwärd das Geschäft von A. Bleden, in Rombach b. Metz die Geschäfte von Muser und Schmidt, in Wunstorf i. Hannover das Geschäft von H. Bruhns und in Würzburg das Geschäft von Lämpel.

Differenzen bestehen in Bordesholm und Boorde b. Kiel und Ulm.

Oesterreich.

Ausgesperrt sind die Zimmerer in Prag.

Gestreift wird in Bruck a. d. Mur, Grassitz und Laus.

Ungarn.

Im Lohnkampfe stehen: Budapest, Győr, Gfstergom, Soroksár, Kornenburg (Schiffszimmerer), Szentes,

Mohács, Pápa, Kisbör, Gödöllő, Nagykanizsa, Tata-tóváros, Szatmár, Reeskemet, Szeged, Komárom, Nyiregyháza, Nagykároly, Tapolca, Körmen, Mató, Eger und Zórkpenteimflós.

Schweiz.

Gestreift wird in Interlaken und Bern.

Gesperert sind die Pläge: Bischof in Mayingen und Bäuml in Frauenfeld.

Zuzug ist fernzuhalten von Luzern und infolge des Maurerstreiks von Basel.

Der Streik in Segeberg dauert unverändert fort. Auf den an die Unternehmer am 30. Juli schriftlich eingereichten Vorschlag, 58 % Stundenlohn bis 1. April 1908 und von da ab bis 1. April 1909 55 % Stundenlohn, ist bis jetzt eine Antwort nicht erfolgt. Zuzug nach Segeberg und Rickling ist streng fernzuhalten.

Zum Streik in Delmenhorst. Die Unternehmer in Delmenhorst sitzen arg in der Klemme. Sie möchten den Streik gern aus der Welt geschafft wissen, natürlich ohne die Forderungen der Streikenden zu bewilligen. Indessen scheint es, als ob sie doch nicht mehr ganz so ablehnend den Forderungen gegenüberstehen wie zu Anfang des Streiks. Da wollten sie für dieses Jahr überhaupt keinerlei Zugeständnisse machen; erst von 1908 ab sollte der Lohn um 2 1/2 % pro Stunde erhöht werden bei einem dreijährigen Vertragsabschluss. Später haben sie dann in einer Verhandlung, allerdings auch nur ganz beläufig, sich nicht abgeneigt gezeigt, auch für dieses Jahr schon eine Lohnzulage von 2 1/2 % eintreten zu lassen. Weiter wollten sie aber auf keinen Fall gehen. Kürzlich nun erhielt die Lohnkommission nachstehendes Schreiben:

An die vereinigte Lohnkommission der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter.

Bezugnehmend auf das heutige Gespräch mit den Herren Flach und Sudmann über die Streiffrage scheint ein Mißverständnis vorzuliegen. Die Teilnehmer der Unternehmung an der Verhandlung sind der festen Ueberzeugung, Ihnen folgendes Angebot gemacht zu haben: Bei Wiederaufnahme der Arbeit wird der Lohn um 2 1/2 % erhöht, eine weitere Lohnhöhung um 2 1/2 % findet am 1. April statt, die zehnstündige Arbeitszeit wird beibehalten; Vertrag bis 1. Juli 1908.

Der Vorstand des Arbeitgeberbundes.
Twisterling.

Wie aus dem Schreiben hervorgeht, sind die Unternehmer zum Frieden geneigt. Die Lohnkommission hat nunmehr eine neue Verhandlung veranlaßt, da sie von diesem Angebot bisher nicht Kenntnis hatte. Ob es in der Tat gemacht worden ist oder nicht, soll hier nicht untersucht werden, jedenfalls zeigt es aber, daß die Unternehmer den Kampf satt haben. Die geringe Anzahl Italiener, die herangelockt worden ist, bereitet ihnen wenig Freude und der Polizei und Genarmerte viel Arbeit. Es ist sogar schon von außerordentlich Hilfe requiriert worden, denn die lieben Arbeitswilligen bedürfen des Schutzes. Morgens und Abends werden sie zur Arbeitsstätte bezw. in ihr Quartier geleitet. Dadurch sind schon wiederholt Menschenansammlungen entstanden, so daß es fast aussteht, als ob über Delmenhorst der kleine Belagerungszustand verhängt sei. Zu allem Ueberflus glaubte der Magistrat auch noch für zwei Tage ein Versammlungsverbot erlassen zu müssen, damit sich die Bevölkerung „beruhige“. Diese Maßnahme hat natürlich das Gegenteil bewirkt, die Erregung der Bevölkerung ist dadurch nur noch gestiegen. Zu Ausschreitungen ist es aber noch nicht gekommen, die Streikenden halten strenge Disziplin. Es bleibt nun abzuwarten, was die Verhandlungen ergeben werden.

Die Lohnbewegung in Stotel und Umgegend (Zahlstelle Behe-Gestemünde) ist erfolgreich beendet. Die bisher übliche zehneinhalbstündige Arbeitszeit wird durch die zehnstündige ersetzt. Der Minimallohn soll 40 % pro Stunde betragen; an orkansäftige und tüchtige Gesellen sollen 45 und 47 1/2 % gezahlt werden. Diese in einer gemeinschaftlichen Sitzung mit den Unternehmern bereintarten Abmachungen sind am 12. August in Kraft getreten.

Der Streik in Saarbrücken dauert unverändert fort. Die Situation ist für die Streikenden günstig. Mit dem Anwerben von Arbeitswilligen haben die Unternehmer Pech. Jüngst waren sieben Mann aus Kusel signalisiert. Als das Streikomitee davon Wind bekam, dirigierte es sofort einen Mann hin, dem es auch gelang, die sieben von ihrer Absicht zurückzuhalten. Daß sie in Saarbrücken Streikbrecherdienste verrichten sollten, war ihnen nämlich von den Unternehmern verschwiegen worden. Jetzt haben diese sieben Mann sich entschlossen, unserem Zentralverbande beizutreten, und wird in allernächster Zeit eine Versammlung stattfinden, in der hoffentlich der Grundstein zu einer Zahlstelle gelegt wird. Um die dringlichsten Arbeiten fertigzustellen, greifen die Unternehmer zu den verzweifeltsten Mitteln. Beizhin holte sich einer etliche „Kunden“ aus der Herberge zur Heimat, die ihm die Balken verlegen sollten. Ein Schneider, ein Stellmacher und zwei Tagelöhner ließen sich anwerben für einen Stundenlohn von 72 %. Einundeinhalb Stunden hielten sie aus, dann verließen sie den Schauplatz ihrer Tätigkeit. Als Streikbrecher arbeiten bis jetzt neun Zimmerer und einige Tagelöhner. 28 Mann sind zu den neuen Bedingungen beschäftigt und 46 stehen noch im Streik. Zuzug nach den Saarstädten ist streng fernzuhalten.

Der Streik in Helmbrechts besteht fort, obgleich Streikende nicht mehr vorhanden sind. Alle sind in Arbeit und zwar teils außerhalb und teils zu den neuen Bedingungen. Also ein Streik ohne Streikende. Der Arbeitgeberverband richtet seine ganze Wucht gegen den einen Unternehmer, der die Forderungen bewilligt hat, ohne diesen bisher ins Wanken zu bringen. Aus den Reihen der in den Streik Getretenen ist ein Mann zum Streikbrecher geworden. Zuzug muß streng ferngehalten werden.

Zur Lohnbewegung in Augsburg. Die Unternehmer in Augsburg haben die Forderungen unserer Kameraden (siehe Nr. 31 des „Zimmerer“) abgelehnt. Sie erklärten sich aber bereit, bei günstiger Baukonjunktur im nächsten Jahre eine Neuregelung der Lohnverhältnisse vorzunehmen, vorausgesetzt, daß die Forderungen rechtzeitig eingereicht würden. Für dieses Jahr werden die Forderungen daher wohl vertagt werden.

Der Lohnkampf im Berliner Baugewerbe verspricht eine Wendung zu nehmen. Die Maurer haben im Einverständnis mit den Vorständen der überhaupte in Betracht kommenden Bauhandwerkerorganisationen beschlossen, den allgemeinen Streik aufzuheben, es ihren noch nicht beschäftigten Kollegen freizustellen, eventuell auch auf solchen Bauten die Arbeit aufzunehmen, wo noch zu den alten Bedingungen gearbeitet wird. Mit Dausperren sollen die Erzeugnisse eventuell verteidigt und halsstarrige Arbeitgeber zum Nachgeben veranlaßt werden. Das mußte natürlich auch zu einem Taktwechsel bei den Zimmerern führen.

Ueber den Stand des Zimmererstreiks informieren die nachstehenden Zahlen:

Woche vom	bis	Streikende		Zusammen	In den neuen Bedingungen arbeitend	
		Mitglieder des Zentralverbandes der Zimmerer	Mitglieder des Lokalkomitees		Mitglieder des Zentralverbandes der Zimmerer	Mitglieder des Lokalkomitees
27. Mai	1. Juni	2078	1266	3344	910	?
3. Juni	8. "	1678	1195	2873	1590	?
10. "	15. "	1456	950	2406	1806	?
17. "	22. "	1209	713	1922	1812	1296
24. "	29. "	1011	604	1615	1950	1317
1. Juli	6. Juli	794	508	1302	2170	1413
8. "	13. "	543	369	912	2665	?
15. "	20. "	350	247	597	2823	1682
22. "	27. "	253	188	441	2915	1741
29. "	3. Aug.	188	174	362	2969	?
5. Aug.	10. "	144	130	274	3322	?

Die Zahl der Streikenden entsprach in der letzten Woche etwa der Zahl der Arbeitslosen, welche um diese Zeit im Berliner Baugewerbe gezählt zu werden pflegen. Auf Grund dieser Sachlage beschloß eine Zahlstellenversammlung am 9. August (siehe Berichte aus den Zahlstellen) die nachstehende, mit dem Vorstand des Lokalkomitees vereinbarte Resolution:

„Die heute, am 9. August 1907, tagende Zahlstellenversammlung erklärt, an den am 27. Mai 1907 aufgestellten Forderungen, achteinhalbstündige tägliche Arbeitszeit und 80 % Stundenlohn, festzuhalten.“

In der Erwägung jedoch, daß mit der bisherigen Kampfesweise weitere Erfolge gegenwärtig nicht erreicht werden können, indem über 700 Zimmerer die obigen Bedingungen anerkannt haben und sämtliche organisierten Zimmerer zu diesen Bedingungen beschäftigt werden, beschließt die Versammlung, den allgemeinen Streik von Montag, den 12. August, aufzuheben. Es wird den Zimmerern Berlins und Umgegend zur Pflicht gemacht, nach wie vor darauf zu achten, daß Zimmerarbeiten im Lohngebiet nur zu den neuen Bedingungen ausgeführt werden.

Entsprechend der veränderten Kampfesstatistik beschließt die Versammlung ferner:

1. Streikarten und Arbeitsberechtigungskarten werden von Montag, den 12. August, nicht mehr ausgegeben.
2. Der Ertragsbeitrag von M. 1,50 wöchentlich wird auf 50 % herabgesetzt.
3. Sämtliche Streiklegitimationen und Mitgliedsbücher werden zur Kontrolle eingezogen und, soweit sie in Ordnung sind, mit dem Schlüsseltempel versehen. Die Mitglieder werden verpflichtet, nach erfolgter Abstempelung sich gegenseitig die Legitimationspapiere auf der Arbeitsstelle zu kontrollieren.

Natürlich versucht die bürgerliche Presse diesen Taktwechsel so zu deuten, als handle es sich um eine regelrechte Niederlage der Berliner Bauhandwerkerorganisationen. Die obigen Zahlen zeigen indes schon, wie windig ein solches Geschwätz ist. Man versucht besonders den Glauben zu erwecken, die Streikaffen seien geleert. Wie hinlänglich aber gerade diese Behauptung ist, mögen die nachstehenden, unsere Verbandszahlstelle Berlin und Umgegend betreffenden Zahlen baritun.

An Streikunterstützung wurden verausgabt:

Woche	Aus der Zentralkasse		Aus der Zahlstellenkasse	
	M.	h.	M.	h.
Vom 20. Mai bis 25. Mai	3291	25	—	—
" 27. " " 2. Juni	24368	—	546	15
" 3. Juni " 8. "	30288	45	4849	25
" 10. " " 15. "	25864	10	4549	70
" 17. " " 22. "	21661	—	3864	80
" 24. " " 29. "	18373	50	17549	55
" 1. Juli " 6. Juli	15693	45	2718	10
" 8. " " 13. "	10601	05	3043	75
" 15. " " 20. "	7144	30	1645	85
" 22. " " 27. "	5102	60	4788	10
" 29. " " 3. August	4426	65	2424	68
" 5. August " 10. "	2877	35	800	—
Summa	169691	70	46779	93

Insgesamt wurden also M. 216 471,88 an streikende Verbandskameraden ausbezahlt, eine Summe, welche die Verbandskassen noch keineswegs leer machen kann. Bemerkenswert muß außerdem werden, daß die Summen der letzten beiden Wochen noch eine Korrektur erfahren werden, wobei sich die Summe für die Woche vom 29. Juli bis 5. August etwas erhöhen und die Summe für die letzte Woche etwas reduzieren dürfte.

Zur Aussperrung in Celle geht uns von der Aussperrungsleitung nachstehender Bericht zu: Schon seit 14 Wochen stehen die hiesigen Zimmerer in der Aussperrung, die aus ganz geringfügigen Ursachen von den Unternehmern heraufbeschworen ist. Lediglich der Umstand, daß sich die Zimmerer weigerten, den Bestrebungen der Unternehmer auf Vernichtung der Organisation und Errichtung einer „gelben“ Gewerkschaft Vorschub zu leisten, hat die Unternehmer veranlaßt, den Kampf, der heute das gesamte Baugewerbe in Celle umfaßt, zu initiieren. Die Kameraden lehnten es ab, mit Leuten, die unserer Organisation feindlich gegenüber sind, die aber noch heute Verpflichtungen gegen dieselbe haben, zusammenzuarbeiten. Die Folge war Entlassung zuerst der bei Laue beschäftigten und in der Folge Aussperrung der gesamten Zimmerer in Celle. Die Unternehmer glaubten sich nämlich der Firma Laue

zur Solidarität verpflichtet und teilten ihr aus diesem Grunde eine Anzahl Zimmerer aus anderen Geschäften zu, die aber die Aufnahme der Arbeit bei Laue ablehnten. Nachdem zunächst nur die Zimmerer am Kampfe beteiligt waren, wurden später auch die Maurer und Bauhilfsarbeiter in Mitleidenschaft gezogen. Gleich bei Ausbruch der Differenzen ist nichts unterlassen worden, auf eine Beilegung hinzuwirken. An den Verhandlungen hat auch der hiesige Oberbürgermeister hervorragenden Anteil genommen, und es darf offen ausgesprochen werden, daß wenn die Unternehmer nur den guten Willen dazu gehabt hätten, längst eine Einigung erzielt worden wäre. Sie aber wollten keinen Frieden; ihre Parole lautete: Kampf der Gesellenorganisation bis zur endgültigen Vernichtung! Damit sollte es indes gute Weile haben. Die Verhandlungen scheiterten nicht gerade, aber die Unternehmer hielten sich an die getroffenen Abmachungen nicht gebunden, so daß die Einigungsaktion verpuffen mußte. Der Arbeiterverein, der von den Unternehmern ins Leben gerufen war, sollte ein Gegengewicht gegen den Zentralverband bilden, und deshalb berufenen erstere, ihm möglichst viele Mitglieder zuzuführen. Sie hatten aber damit nur in ganz vereinzelten Fällen Glück. Nach und nach waren nun die Arbeiten an den Bauten so weit geblieben, daß es sich notwendig machte, mit den Zimmerern eine Einigung herbeizuführen, oder aber das ganze Baugewerbe stillzulegen. Die Unternehmer entschieden sich für das Letztere. Am 6. Juni wurden Maurer, Bauhilfsarbeiter und Dachdecker ausgesperrt. Daburch war offenbar gebunden, daß es sich bei den Unternehmern um die Machtfrage handelte. Wer sich dem Willen der Ausbeuter nicht fügte, wurde auf Pfahle genorfen. Um für die ausgesperrten Ertrag zu schaffen, versuchte man in Hannover und Hildesheim Mitglieder der christlichen Gewerkschaften zu ergattern; das gelang indes nicht. Nun ging es ins Ausland und zwar nach Holland. Als Streikbrecher fungierte ein gewisser Schanzel, der zuletzt als Vertreter einer Düsselborfer Betongesellschaft in Wiege tätig war. Ihm glückte es, einen Transport von 70—80 Mann nach hier zu bringen, der von den hiesigen Unternehmern am Bahnhof empfangen und mittels Sommerwagens im Triumph nach der Herberge zur Heimat geführt wurde, von wo sie allmorgentlich unter dem Schutze der Unternehmer und der Polizei an ihre Arbeitsstätte geleitet werden. Da es in der Herberge an Betten fehlte, half der Magistrat aus, indem er solche von der Armenverwaltung zur Verfügung stellte. Auf unseren Protest hin wurden diese Betten indes wieder zurückgefordert. — Wie freigebig man gegen die Arbeitswilligen ist, mag daraus hervorgehen, daß man ihnen 53 % Stundenlohn zahlte, wohingegen der Lohn der Bauhandwerker hier nur 45 % beträgt. Unsere Kameraden werden sich das merken, um, wenn einmal wieder auf die maßlose Begehrlichkeit der Arbeiter geschimpft wird, damit aufzuwarten. Gegen die ausgesperrten werden die Arbeitswilligen in der schofeligen Weise gehetzt; soll ihnen doch sogar angeraten sein, von dem Messer Gebrauch zu machen, falls ein Ausgesperrter sich ihnen zu nähern wagt. Einer der Arbeitswilligen, der, nachdem er eingesehen, zu welcher scheußlichen Rolle man ihn gebrauchen wolle, es ablehnte, die Arbeit aufzunehmen, und der auch seine Kameraden zu bewegen versuchte, von ihrem Treiben abzulassen, wurde verhaftet und wegen Verdröhung mit Todschlag unter Auflage gestellt. Nachdem er 19 Tage in Untersuchungshaft zugebracht hatte, sprach ihn das Gericht kostenlos frei, natürlich ohne ihn für die erlittene Haft zu entschädigen. Dank der holländischen Organisation in Haag und Rotterdam und der rührigen Tätigkeit der Ausgesperrten ist es gelungen, die Arbeitswilligen bis auf etwa 25 Mann wieder abzuklären. Neuerdings sind aber auch aus dem Inlande Arbeitswillige nach hier gekommen, und zwar aus Leipzig. Ein Transport von 17 Mann, der von einem hiesigen Unternehmer in der Umgegend von Leipzig angeworben ist, langte hier an, konnte aber, nachdem die Ausgesperrten ihnen die Situation klarlegten, nach einigem Widerstreben abgeschoben werden. Sie wollten in Unkenntnis gehandelt haben, so versicherten sie wenigstens; Glauben haben sie damit allerdings nicht gefunden. Der Unternehmer hatte mit ihnen vereinbart, daß sie die in Frage kommende Arbeit in Afford verrichten sollten zu einem Stundenlohn von 70 % für Gesellen und 80 % für Bauhilfsarbeiter. Wiederrum ein Beweis von der Zahlungsfähigkeit unserer Unternehmer. Die Ausgesperrten sind nach wie vor fest entschlossen, im Kampfe auszuharren. Möge die gesamte Bauarbeiterschaft dafür Sorge tragen, daß der Zugang nach Celle streng ferngehalten wird.

Zur Lohnbewegung in Quakenbrück. Aus dem „Zimmerer“ Nr. 7 d. J. wissen wir, daß unsere Kameraden in Quakenbrück beabsichtigen, an Stelle der elfstündigen die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen, bei einer Erhöhung des Lohnes von 30 auf 37 % pro Stunde. Die Unternehmer haben auf diese Forderung bis jetzt noch nicht reagiert. Vielleicht auch glauben sie, mit einer Aufbesserung von 2 % pro Stunde, die sie im Frühjahr eintreten lassen, die Lohnbewegung abgetan zu haben. Die Arbeitslosigkeit, die anfangs nicht sehr glänzend schien, hat sich in letzter Zeit merklich gehoben, so daß unsere Kameraden die Zeit für gekommen hielten, einmal wieder bei den Unternehmern anzuklopfen. Es wurde um Rückübernahme bis zum 27. Juli erlucht, und als eine solche nicht einging, wurde am 28. Juli die Kommission vorstellig, um die Stellungnahme der Unternehmer zu ergründen. Letztere ließen sich auf nichts ein, sie erklärten unter Hinweis auf die auswärtige Konkurrenz, nichts bewilligen zu können, zeigten sich aber schließlich doch geneigt, an einer Sitzung mit den Vertretern der Gesellen teilzunehmen. Diese fand am 2. August statt, verlief aber völlig resultatlos. Trotz des von unseren Kameraden bewiesenen Entgegenkommens lehnten die Unternehmer beharrlich jedes Zugeständnis ab mit der Motivierung, erst müsse in der Umgebung von Quakenbrück eine Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchgeführt werden, dann würden auch sie mit sich reden lassen. Dabei blieben sie. Die Verhandlungen wurden hierauf abgebrochen. Am 3. August besaßte sich nun eine Versammlung unserer Kameraden mit der gegenwärtigen Situation. Sie beschloß nach reiflicher Erwägung, an der Forderung festzuhalten und zu ihrer Durchführung das letzte Mittel in Anwendung zu bringen. Einstimmig wurde der Vorschlag begrüßt, am 5. August die Kündigung einzureichen. Ob die Unternehmer angesichts des Ernstes der Situation auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharren werden, bleibt abzuwarten. Wie sie ihr Verhalten zu rechtfertigen versuchen, davon ein Beispiel: Dem bei dem Unternehmer W. Kehlmann beschäftigten Kameraden Lohmann wurde am 8. August ein Zettel ausgehändigt mit dem Bemerkten, er möge denselben an

den Gauleiter unseres Verbandes senden. Der Zettel enthält eine Aufstellung über das Einkommen des Lohmann aus seinem Arbeitsverdienst bei Kahlmann für die Jahre 1898 und 1906, und da sein Inhalt auch im übrigen nicht uninteressant ist, mag er hier wiedergegeben werden.

Lohmann. 1898: 298 1/2 Tage gearbeitet, dafür bar erhalten M. 842,63, macht einen Durchschnittslohn von M. 2,87 für den Tag. 1906: 296 1/2 Tage gearbeitet, dafür bar erhalten M. 935,27, macht einen Durchschnittslohn von M. 3,15 pro Tag. Für 1907 wird sich der Durchschnittslohn, nachdem ich jedem Gesellen 20 % Zulage pro Tag gemacht habe, auf M. 3,35 stellen, mithin ein Jahresverdienst bei 295 Arbeitstagen von M. 990. Der Durchschnittslohn für den ganzen Betrieb war 1898: M. 2,82 und 1906: M. 3,12. Ferner erhalten meine Gesellen als Zugabe, sobald sie auf meinem Platz arbeiten, Vormittags- und Nachmittags je zwei Schnäpfe. Sodann wohnt Lohmann in meinem im Jahre 1900 neu erbauten Hause, welches enthält: eine Stube, zwei Kammern, eine Wohnküche, eine Speiskammer, einen Keller, geräumigen Bodenraum, Stallung für zwei Schweine und zwei Ziegen, Kofsett und 7 Mr Hausgarten, und zahlt dafür M. 165.

Quakenbrück, 3. August 1907. W. Kehlmann. Wenn der Unternehmer Kehlmann mit dieser Aufstellung den Beweis zu erbringen glaubte, daß die Zimmerer in Quakenbrück wirtschaftlich so gut gestellt sind, daß eine Aufbesserung der Löhne für sie nicht notwendig ist, dann hat er Pech gehabt. Galten wir uns einmal an die von ihm selbst angegebenen Durchschnittslöhne in dem Gesamtbertrieb, die von dem für Lohmann angegebenen Lohnsatz nur unerheblich abweichen, so ergibt sich, daß in einem Zeitraum von 9 Jahren, von 1898 bis 1906, der durchschnittliche Tagesverdienst um 30 % oder 10 1/2 % z. B. gestiegen ist. Damit vergleiche man einmal die in demselben Zeitraum eingetretene Steigerung der Lebensmittelpreise, der Wohnungsmieten usw., dann wird man wahrnehmen, daß diese die Lohnsteigerung ganz bedeutend übersteigen. Und daß der Unternehmer Kehlmann unter den Hausbestellern eine Ausnahme bilden sollte, glauben wir nicht annehmen zu dürfen; jedenfalls wird auch er auf seine Rechnung zu kommen versuchen, und zwar sicher nicht auf seine eigenen Kosten, sondern auf Kosten seiner Mieter. Und was es mit den übrigen „Bergünstigungen“ auf sich hat, besonders mit den vier Schnäpfen, da mag mit dieser Gepllogenheit, wenn sie einer Lohnhöhung hinderlich werden sollte, ruhig aufgeräumt werden. Sie wäre sicher schon längst beseitigt worden, wenn sie nicht auch im Interesse des Unternehmers gelegen hätte. Mögen die Unternehmer in Quakenbrück, wenn ihnen um die Erhaltung des gewerblichen Friedens zu tun ist, die Forderung unserer Kameraden entgegenkommen, im anderen Falle dürfte es ohne einen hartnäckigen Kampf nicht abgehen. Zugang von Zimmerern nach Quakenbrück ist fernzuhalten.

Beigelegte Differenzen in Ammendorf bei Halle. Mit der gesperrten Firma haben erneut Verhandlungen stattgefunden. Ihr Ergebnis war, daß die Firma sich bereit erklärte, bei Wiederaufnahme der Arbeit einen Minimallohn von 53 % zu zahlen. Sobald in Halle eine Lohnsteigerung eintritt, will auch sie der Lohn entsprechend erhöhen. Unter diesen Bedingungen beschloß eine Versammlung unserer Kameraden die Aufhebung der Sperre. Bisher sind aber noch nicht alle Streikenden eingestellt.

Vereinbarungen in Chemnitz. Der Streik in Chemnitz ist erfolgreich durchgeführt. Der Eifundentag, an dem die zehneinhalbstündige Arbeitszeit, vom nächsten Jahre an aber der zehnstündentag als vereinbart. Der Stundenlohn, der bisher für Maurer und Zimmerer 43 % betrug, wird sofort auf 47 % erhöht und fürs nächste Jahr auf 50 % festgesetzt. Die Bauhilfsarbeiter erhalten pro Stunde 10 % weniger. Der Streik, der zehn Wochen währte, wurde hauptsächlich durch ergebirgische Bauarbeiter erschwert, die sich von jeher für die Organisation unzugänglich erwiesen und in Scharen nach Chemnitz kamen und Streikbrecherdienste verrichteten. Es kam infolgedessen oft zu Differenzen mit den Streikenden, und eine Anzahl Prozesse wegen angeblicher Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung durch Streikende sind noch anhängig.

Abrechnung über den Streik der Zimmerer in Mülhausen i. Th.
vom 10. April bis 13. Juni 1907.
Einnahme.

Aus der Zentralkasse	M. 3643,68
" Lokalkasse	" 20,89
Extrabeiträge der Mitglieder	" 27,90
Auf Listen gesammelt	" 95,25
Summa	M. 3787,72

Ausgabe.

An Streikunterstützungen	M. 3473,18
Reiseunterstützungen	" 260,50
Für Fernhaltung des Bezuges	" 20,99
" Porto und Schreibmaterial	" 28,06
" Sonstiges	" 10,—
Summa	M. 3787,72

Die Richtigkeit beglaubigen:
Rich. Rudloff. Fris Hildebrand. Aug. Solzapfel.

Abrechnung über den Streik der Zimmerer in Hofenheim i. Bayern
vom 27. Mai bis 3. Juli 1907.
Einnahme.

Aus der Zentralkasse	M. 790,—
" Lokalkasse	" 1,50
Extrabeiträge der Mitglieder	" 28,85
Summa	M. 750,35

Ausgabe.

An Streikunterstützungen	M. 679,45
Reiseunterstützungen	" 40,55
Für Porto und Schreibmaterial	" 1,50
Sonstiges	" 28,85
Summa	M. 750,35

Die Richtigkeit beglaubigen:
A. Kemmer. B. Kaiser. W. Bartl. G. Bennel.

Abrechnung über den Streik (Blassperre) der Zimmerer in Braunschweig vom 16. Juli bis 27. Juli 1907.

Einnahme.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Aus der Zentralkasse' and 'Zotalkasse'.

Ausgabe.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'An Streikunterstützungen' and 'Für Porto und Schreibmaterial'.

Die Richtigkeit beglaubigen:

R. Pechl. Chr. Pinnow. G. Schumacher.

Abrechnung über den Streik der Zimmerer in Sand vom 8. April bis 9. Juli 1907.

Einnahme.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Aus der Zentralkasse' and 'Zotalkasse'.

Ausgabe.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'An Streikunterstützungen' and 'Für Fernhaltung des Zuganges'.

Die Richtigkeit beglaubigen:

B. Kimm II. Just. Dieb. Chr. Willenstern.

Abrechnung über den Streik der Zimmerer in Friedland i. Mecklg. vom 29. April bis 6. Mai 1907.

Einnahme.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Aus der Zentralkasse' and 'Zotalkasse'.

Ausgabe.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'An Streikunterstützungen' and 'Für Fernhaltung des Zuganges'.

Die Richtigkeit beglaubigen:

Aug. Werner. Herm. Klein. G. Mund. A. Strauß. Fr. Hagemann.

Abrechnung über den Streik der Zimmerer in Cuxen (Zahlstelle Naden) vom 10. bis 16. Juli 1907.

Einnahme.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Aus der Zentralkasse' and 'Zotalkasse'.

Ausgabe.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'An Streikunterstützungen' and 'Für Fernhaltung des Zuganges'.

Die Richtigkeit beglaubigen:

D. Nießchel. F. Maiber. D. Börner. P. Seidel.

Abrechnung über den Streik der Zimmerer in Weisermis und Steindorf vom 1. Mai bis 27. Juli 1907.

Einnahme.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Aus der Zentralkasse' and 'Zotalkasse'.

Ausgabe.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'An Streikunterstützung' and 'Für Fernhaltung des Zuganges'.

Die Richtigkeit beglaubigen:

Gottlieb Edlich. B. Golberfuch. G. Schmidt. Fr. Boke.

Abrechnung über den Streik der Zimmerer in Reife vom 24. Juni bis 3. Juli 1907.

Einnahme.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Aus der Zentralkasse' and 'Zotalkasse'.

Ausgabe.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'An Streikunterstützungen' and 'Für Fernhaltung des Zuganges'.

Die Richtigkeit beglaubigen:

G. Schmidt. F. Winkler. A. Boske. J. Hierlein.

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin und Umgegend. Am 9. August fand im Gewerkschaftshause die regelmäßige Zahlstellenversammlung statt.

Stroppenstedt. Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung tagte am 3. August. Der bisherige Vorsitzende legte sein Amt nieder.

Luckenwalde. Die Mitgliederversammlung am 4. August war nur von 41 Kameraden besucht; eine große Anzahl war der Ernte wegen abgehalten.

fonds und M. 84077,55 wurden für Zuschüsse und Mietschädigung an die streikenden Mitglieder der Zahlstelle verausgabt.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Streikende: Zu den neuen Bedingungen'.

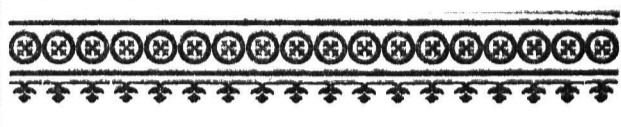
Die neuen Verträge sind mit 746 Unternehmen im Zimmerergewerbe abgeschlossen. Der Redner führte weiter aus, daß von den 31 Unternehmen, die am 18. Juli durch Plakate an den Anschlagtafeln erklärten, daß sie die Forderungen nicht anerkennen würden, 14 keine Zimmerarbeit haben.

Leider habe man während des Kampfes auch in unseren Reihen manchen Drückeberger entdeckt, der vor Eintritt in die Lohnbewegung noch den Mund recht voll nahm.

Die Gründungen der letzten fünf Jahre erreichten an Kapitalstärke also beinahe die Gesamtsumme aller Gründungen im Laufe der 20 Jahre vorher!

gefellen ein. Dann hielt Kamerad Engelhard-Berlin einen lehrreichen Vortrag über: „Die wirtschaftliche Lage der Zimmerer“.

Marne. Am 4. August fand unsere Mitgliederversammlung statt, die sich eines guten Besuchs erfreute. Nach Verlesen des Protokolls wurde vom Kassierer die Abrechnung über das zweite Quartal verlesen.



Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. In Bad Nauarg ereignete sich am 7. August am Schweizerischen Neubau ein Unglücksfall. Der verheiratete Zimmermann Müller von Oberbrinlen stürzte rücklings zwei Stock hoch auf die Straße.

SSC. Was die Terraingesellschaften verdienen. Im neuesten Heft von Schmollers Jahrbuch für die Gesetzgebung und Verwaltung gibt Paul Mohr sehr lehrreiche Beiträge zur Frage der Bodenpekulation und ihrer Gewinne.

Kein Wunder, daß bei solchen Gewinnchancen aus der spekulativen Preissteigerung des Bodens Jahr für Jahr neue Gesellschaften wie Pilze aus der Erde schießen.

Table with 2 columns: Year and Capital. Shows data for 1881-1890, 1891-1900, and 1901-1906.

Die Gründungen der letzten fünf Jahre erreichten an Kapitalstärke also beinahe die Gesamtsumme aller Gründungen im Laufe der 20 Jahre vorher!

Gewerkschaftliche Rundschau.

SSC. Die Ursachen der ober-schlesischen Streikbewegung unter den Bergarbeitern. Alle paar Jahre flackert im ober-schlesischen Industriegebiet ein wildes Streikfeuer auf.

Die oberschlesischen Bergarbeiter verlangen eine Verkürzung der Schichtzeit. Nur in Oberschlesien arbeiten die Steinkohlenbergleute noch 10- bis 12stündig unterirdisch in regelmäßiger Schicht. In den anderen deutschen Bergwerksbezirken ist die Schichtzeit 1 bis 3 Stunden kürzer. Durchschnittlich hat 1906 jeder oberschlesische Steinkohlenbergmann 286 Schichten verfahren; die höchste Zahl seit 19 Jahren. Von einem „zunehmenden Bummeln“ kann also keine Rede sein.

Infolge der günstigen Lagerungsverhältnisse entfällt auf den Bergmann in Oberschlesien eine außergewöhnlich hohe Leistung. 1906 förderte ein Steinkohlenbergmann in Oberschlesien 334, in Niederschlesien 215, im Ruhrgebiet 284, im Saargebiet 282 Tonnen. Entsprechend seiner höheren Förderung wird der Oberschlesier aber nicht etwa besser bezahlt als seine westdeutschen Berufsgenossen, sondern der oberschlesische Bergarbeiterlohn steht bedeutend niedriger. Der Lohn betrug letztjährig pro Schicht nur M 3,23 oder M 924 im ganzen Jahr. Der Schichtverdienst war im Saargebiet 65 %, im Ruhrgebiet M 1,14 höher. Das ist den Oberschlesiern nicht unbekannt geblieben. Kein Wunder, daß sie für ihre enorme Leistung bessere Bezahlung verlangen.

In keinem anderen deutschen Steinkohlenrevier genießt der Arbeiter einen so geringen Anteil von seinem Arbeitsvertrag wie in Oberschlesien. Vergangenes Jahr lieferte jeder oberschlesische Steinkohlenarbeiter 334 Tonnen à M 7,60; macht M 2538 Leistungswert pro Arbeiter. Davon erhielt er nun M 924 als Lohnanteil, gleich nur 36 pSt.

Allerdings zahlen die fiskalischen Gruben einen etwas besseren als den Durchschnittslohn des ganzen Reviers. Der Durchschnittslohn auf den fiskalischen Gruben stand 45 % pro Schicht höher. Indessen war auch die Arbeiterleistung auf den fiskalischen Gruben um 5 Tonnen höher als auf den Privatgruben.

Wenn ferner hingewiesen wird auf die Lohnsteigerung im allgemeinen, so ist zwar richtig, daß 1896 der Durchschnittslohn in Oberschlesien M 2,49 und 1906 M 3,23 betrug, aber von seinem Leistungswert erhielt der Oberschlesier 1896 noch 45,2 pSt. als Lohnanteil, 1906 jedoch nur noch 42,5 pSt. Die Arbeiter beschwerten sich gerade darüber, daß sie schlechter für ihre Leistungen bezahlt werden als früher.

Auch der oberschlesische Werksbesitzerverband hat in wiederholten Eingaben an die Staatsbehörden eine ganz anormale Verteuerung der Lebensmittel betont. Fleischnahrung ist für tausende Arbeiterfamilien einfach unerschwinglich. Die Fleischpreise stehen im oberschlesischen Industriegebiet nur ein geringes niedriger als in West-Deutschland, wo die Löhne erheblich besser sind.

Die Wohnungszustände sind geradezu grauhaft. Die Mehrzahl der kinderreichen Arbeiterfamilien bewohnt nur ein bis zwei Räume; zahlreiche kinderreiche Familien haufen in einem Zimmer. Von einem „traulichen Heim“ ist keine Rede. Damit hängt der kulturelle Tiefstand der Bevölkerung zusammen, über deren angeblich „schlechte Wirtschaftlichkeit“ und „Gang zu Ausschreitungen“, dieselben Kreise jammern, die das Volk in seiner gedrückten Lage halten.

„Nirgendwo werden die Arbeiter von „Vorgesetzten“ mißachtender behandelt als in Oberschlesien; auch das brüht das Volk herab. In keinem Bezirk machen Unternehmer und Behörden den Arbeitern das gesellschaftliche Vereins- und Versammlungsrecht so hartnäckig streitig. Eben- deshalb lodern dort die wilden Streiks, begleitet von „Ausschreitungen“, unversehens empor. Die Arbeiter werden nur als Sachen behandelt, die sich die Beamten möglichst vom Leibe halten. Nirgendwo ist darum die Klassenscheidung so scharf wie in Oberschlesien, wo sich schon der obstruktive Aufseher als Herrgott gegenüber dem Arbeiter aufspielt. Nicht dieser Sklave dann seine Kette, was Wunder, daß es auch eventuell tumultuarisch abgeht; daß ein derart niedergebaltenes Volk sich empört, ist noch der einzige Lichtblick im oberschlesischen Dunkel.

Zu alledem kam nun noch das neue Knappschaffstatut. In der Knappschaffskasse üben die Werkschaffsherrn unumschränkte Gewalt aus, obgleich die Arbeiter ebensoviel einzahlen wie die Werkschaffsherrn. Seit vielen Jahren verlangen die Arbeiter die Einführung des geheimen Wahlrechts für die Walesten (Arbeitervertreter)Wahlen. Nach dem jetzigen Statut muß die Stimmabgabe „öffentlich und mündlich“ erfolgen im Weisem der Werkschaffsherrn. Entweder ist bisher kein Arbeiter zur Wahl erschienen, weil er nicht wählen darf, wie er möchte, und nicht wählen will nach dem Wunsche der Herren. Dann ernennen die von den Werkschaffsherrn abhängige Klassenverwaltung einen „Vertrauensmann“, natürlich keinen politischen oder sozialdemokratischen „Heher“. Kommen Wähler zur Wahl, dann wählen die Eingekerkerten entweder den Werkschaffskandidaten oder sie setzen sich der Gefahr einer Maßregelung aus. Infolge dieses skandalösen Terrorismus bleiben die Arbeiter ohne jeden Einfluß auf „ihre“ Knappschaffskasse.

Trotzdem diese Skandale den Landtagsabgeordneten bekannt wurden, haben doch die Konservativen, die Nationalliberalen und das Zentrum bei der Abänderung des Knappschaffstatutes das geheime Wahlrecht nicht vorgeschrieben. Natürlich lehnten die absolut herrschenden Werkschaffsherrn nun auch alle von Arbeiterseite gestellten Verbesserungsanträge zum neuen Statut ab. Scheinbaren Zugeständnissen stehen schwerwiegende Verschlechterungen gegenüber. Das hat die angesammelte Erbitterung der terrorisierten Arbeiter auch zur Entladung gebracht. Die Mäher des Berggesetzes tragen einen großen Teil Schuld mit an den traurigen Ereignissen in Oberschlesien.

Von der gesicherten Existenz des Arbeiters. Fünf- undzwanzig Jahre war der Hübler Paul Müller bei der Firma Billeter und Klung A.-G. in Mäherleben beschäftigt und tagaus, tagaus tat er seine Schuldigkeit. Kürzlich hatte er das Unglück, bei der Arbeit einen Fehler

zu begehen. Der Werkmeister Schaaf machte ihm darüber so heftige Vorwürfe, daß Müller erkrankte. Anderen Tages brachte ihm ein Bote der Firma folgenden Brief: „Der Müffel von gestern Abend scheint Ihnen in den Magen gefahren zu sein, und nun spielen Sie den kranken Mann und übergeben sich. Wir ersuchen um Mitteilung, wann Sie die Arbeit wieder aufnehmen, da wir die Maschine nicht stillstehen lassen wollen und für anderweitige Befehung derselben vom morgen früh ab sorgen werden. Sie tun für die Folge gut, etwas weniger Alkohol zu genießen, da wir ja an Ihrer Arbeit sehen, wie sich die Folgen desselben bemerkbar machen, und wir bedauern, daß wir einem so alten Arbeiter diesen Brief schreiben müssen.“

Wirklich eine echt kapitalistische Dankagung an einen Arbeiter, den man 25 Jahre lang gebrauchen konnte. Wenn die Arbeitskräfte nachlassen, wird der Ausgenutzte — beschimpft und verhöhnt.

Müller fühlte sich durch den Brief aufs tiefste beleidigt. So sehr hatte der Brief ihn gekränkt, daß er hinging und — seinem Leben ein Ende machte. Nun kann die Firma ihre Maschine anderweitig befehen.

Eine weitere Knebelung der Landarbeiter. Wenn irgendwo die Agrarier mit ihren Wünschen nach der Knechtung der Landarbeiter den weitgehendsten Erfolg gehabt haben, so in dem kleinen Duodezstaate Braunschweig, wo sie sich als Mehrheit im Landtage ein vom 10. Dezember 1900 datiertes Kontraktbruchgesetz für die Landarbeiter geschaffen haben, mit welchem jeder Arbeiter, der ohne Auffündigung den Agrarier verläßt, mit Geldstrafe bis zu M 80 oder mit Haft bis zu 10 Tagen, jeder Verleiter zum Kontraktbruch mit Geldstrafe bis M 150 oder mit Haft bis zu 6 Wochen und jeder Kontraktbrüchiger Arbeitgeber mit Geldstrafe bis zu M 60 oder mit Haft bis zu 14 Tagen bedroht wird.

Jetzt will die braunschweigische Landwirtschaftskammer zu einem neuen System der Arbeiterrechnung greifen. Sie will ein System der schwarzen Liste auf folgende Weise einführen. Es soll in der „Braunschw. Landw. Btg.“ eine besondere Rubrik eingeführt werden, in welcher die Namen, Heimatort, Kreis bezw. Bezirkshauptmannschaft oder Gouvernement derjenigen Landarbeiter aufgeführt werden sollen, die aus irgend einem Grunde die Gefilde ihrer „Arbeitgeber“ ohne Kündigung des Arbeitsverhältnisses verlassen. Die Namen der Arbeitgeber, welche kontraktbrüchige Arbeiter melden, sollen nicht mit bekanntgegeben werden, dafür aber solche Arbeitgeber, welche kontraktbrüchige Arbeiter in Arbeit nehmen. Die Agrarier sollen dadurch veranlaßt werden, die Kontraktbrüchigen ausfindig zu machen, worauf die früheren Arbeitgeber der Kontraktbrüchigen telegraphisch über den Aufenthalt ihrer entlaufenen Sklaven benachrichtigt werden sollen. Auch die landwirtschaftlichen Korporationen der angrenzenden Bundesstaaten sollen gebeten werden, ähnliche Einrichtungen zu treffen.

Der ungarische Feldarbeiterverband hat trotz aller Verfolgungen, deren er seitens der „liberalen“ Regierung ausgesetzt ist, einen ungeahnten Aufschwung genommen. Aus dem soeben veröffentlichten Bericht über das erste Halbjahr des zweiten Jahres seines Bestandes entnehmen wir folgendes: Mit der neuen Regierung begann eine schärfere Ära der Verfolgungen. Während im vorigen Jahre unter der alten Regierung die Behörden bloß 35 Ortsgruppen auflösten, bezw. deren Wirksamkeit durch Verfolgungen unmöglich machten, versielen im vergangenen Halbjahr 161 Ortsgruppen diesem Schicksal. Doch diese Drefche wurde immer wieder durch neue Ortsgruppen ausgefüllt. Bis zum 31. März 1906 hatten sich erst 168 Gruppen gebildet, bis Ende 1906 waren es bereits 463 und am 30. Juni 1907 waren insgesamt 587 Ortsgruppen gebildet worden. Hiervon gehen die 196 aufgelösten Gruppen ab, so daß noch 391 verbleiben. Eine gleich erfreuliche Steigerung zeigt sich bei der Zahl der Mitglieder. Diese stieg von 15 814 im ersten Quartal 1906 auf 72 562 im zweiten Quartal 1907. Ebenso sind die Einnahmen gestiegen. Vergangenes Jahr waren insgesamt 80 000 Kronen vereinnahmt worden, während in diesem Jahre bis zum 30. Juni bereits 60 000 Kronen eingenommen worden sind. Der Verband hat elf Angestellte in der Zentrale und zehn Sekretäre in der Provinz. Die ungarische Feldarbeiterorganisation stellt also jetzt eine achtunggebietende Macht dar, die je länger je mehr bei den Grundbesitzern sich Respekt zu verschaffen wissen wird.

Sozialpolitisches.

Etwas vom Hausbesitzertag. In Hamburg haben vor kurzem die deutschen Hausbesitzer sich ein Stelldichein gegeben. Sie hielten dort ihren 29. „Tag“ ab, auf dem sie in beweglichen Worten ihre Klagen vorbrachten. Wir müssen gestehen, dieselben Leute, die sich nicht laut genug über die Unzufriedenheit der Arbeiter entäußern können, haben hier einmal gezeigt, wie wenig zufrieden sie selber sind. Es geht ihnen aber auch gar zu schlecht, alles hat sich gegen sie verschworen, von oben und unten wird auf sie gedrückt. Die Stadtwaltungen lassen ihre Fürsorge lediglich den unteren Klassen zu Teil werden, wohingegen man für die Hausbesitzer immer nur auf neue Belastungen sinni. Sie gelten allgemein als die besten und willigsten Zahler, und deshalb wälzt man auf ihre Schultern immer neue Lasten. So und ähnlich klang es aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Bericht über die Lage des städtischen Haus- und Grundbesitzes. Nirgend habe man Entgegenkommen gefunden, so daß man sich endlich entschlossen habe, mit einzelnen Abgeordneten in Verbindung zu treten und diese zu ersuchen, für die Interessen der Hausbesitzer einzutreten. Versage auch dieses Mittel, dann bleibe nur der Weg der Selbsthilfe, den man energisch beschreiten müsse, vor allen Dingen dadurch, daß man versuche, mehr Einfluß in den Stadtwaltungen und den städtischen Parlamenten zu erlangen.

Ein Dorn im Auge sind den Hausbesitzern die Baugenossenschaften besonders deshalb, weil sie vom Staate

oder doch von staatlichen Institutionen Baugelder zu mäßigem Zinsfuß erhalten und daher in der Lage sind, ihre Wohnungen zu günstigeren Bedingungen abzugeben als die Hausbesitzer, für die in erster Linie der Profit in Frage kommt. Gegen diese Genossenschaften haben sie bereits wiederholt Sturm gelaufen, bisher allerdings ohne Erfolg. Nun sollen nach dem Geständnis ihres Vorsitzenden sich einige zwanzig Reichstagsabgeordnete gefunden haben, die gewillt sind, für die Hausbesitzer ins Feuer zu gehen. Ob sie es tun werden, ist eine andere Frage, wie es auch durchaus zweifelhaft ist, ob ein Vorgehen in der gedachten Richtung für die Hausbesitzer irgendwie von Vorteil ist. Was ihren Einfluß in den Stadtparlamenten anlangt, so meinen wir, daß derselbe schon ein viel zu großer ist; gibt es doch zahlreiche Gemeinden, in denen sie überhaupt ausschlaggebend sind, und von welchen verderblichen Folgen ein solcher Zustand ist, ist mehr als einmal bekannt geworden. Und was es mit der ungeheuren Belastung der Hausbesitzer auf sich hat, so ist diese Behauptung nichts als purer Schwindel. Wo gäbe es wohl einen Hausbesitzer, der nicht stets aufs peinlichste bemüht wäre, die ihm auferlegten Abgaben so auf die Schultern seiner Mieter abzuzwängen, daß für ihn noch immer ein Vorteil dabei herauskommt. Uns will dünken, als ob man dem großen Publikum nur Sand in die Augen streuen will, weiter hat diese ganze Komödie keinen Zweck.

Die Entwicklung der Hypothekenbanken. Ein Bild mächtiger Entwicklung bietet die im neuesten statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich gegebene Statistik der deutschen Hypothekenbanken. Ursprünglich wurden die hypothekarischen Darlehen zum weitaus größten Teil von Einzelpersonen an den Darlehnsuchenden direkt gegeben; es waren Personalarhypotheken. Neben ihnen kamen dann zuerst die von Stiftungen, Sparkassen und Interessenten-Korporationen, namentlich landwirtschaftlichen Verbänden („Landchaften“) gegebenen Anstaltshypotheken in größerem Umfang in Aufnahme. Auf die Bedürfnisse des kapitalistisch entwickelten städtischen Grundstücks-Baugeschäfts zugeschnitten ist aber nur der auf Aktien- und Pfandbriefausgabe gestellte Betrieb der Hypothekenbanken. Im Jahre 1863 gab es erst 3 solcher Banken in Deutschland; im Jahre 1870 waren es bereits 11. Wie sich ihre Entwicklung im Deutschen Reich gestaltete, zeigt folgende Tabelle:

	Zahl der Banken	Hypotheken- darlehn		Pfandbrief- umlauf
		Millionen Mark	Millionen Mark	
1870.....	11	77,5	174,6	130,4
1880.....	27	264,7	1547,7	1452,1
1890.....	30	329,3	3116,5	2927,1
1900.....	38	598,0	6586,8	6362,1
1906.....	39	741,8	8868,7	8568,9

Mit Hilfe eines eigenen Kapitals von annähernd dreihundert Milliarden ziehen diese 39 Banken heute also über achteinhalb Milliarden fremdes Kapital gegen Pfandbriefhingabe an sich, um es auf Grundstücksbesitz wieder auszuliehen. Damit haben sie als Geldgeber der Terraingesellschaften, mit denen sie zum Teil innig liiert sind, die Hand in allen großen Terraingesellschaften. Neben diesen privaten Hypothekenbanken gibt es heute schon staatliche, provinciale und kommunale Hypotheken-Institute genug, die den Beweis liefern, daß diese Art von Geldvermittlung längst reif ist, auf die Gesamtheit übernommen zu werden. Mit der „Sozialisierung“ derselben würde ein gewaltiger Schritt vorwärts getan zur Gesundung der städtischen Grundbesitz- und Wohnungsverhältnisse.

Lebensmittelpreise und Lohnsteigerung. In den „Preussischen Jahrbüchern“, Heft 11/07, stellt Dr. Karl Schumann-Berlin Betrachtungen an über das Verhältnis der gesteigerten Lebensmittelpreise zu den Arbeitslöhnen. Er hebt zunächst hervor, daß die Verteuerung der Lebensmittel die Arbeiter gezwungen hat, sich höhere Löhne zu erkämpfen und bedauert dann, daß durch diese gestiegenen Löhne der Landwirtschaft abermals Arbeiter entzogen worden sind. Dann sagt er:

„Eine sehr bedauerliche Erscheinung bei der augenblicklichen Lage ist ferner, daß trotz der großen Opfer der Unternehmer die Arbeiter mancher Industriezweige eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage, die zu jenen Opfern im rechten Verhältnis steht, nicht erreicht haben. Die Lebensmittelpreise und die stetig steigenden Wohnungsmieten haben eben den Mehrerwerb nicht nur absorbiert, sondern in einzelnen Fällen auch keinen Ausgleich ermöglicht. Wenn dieses schon von dem allgemein besser gestellten Industriearbeiter gilt, der durch seine erhöhten Lohnforderungen sich einigermaßen schadlos gehalten hat, so muß die Frage aufgeworfen werden, ob sich die wirtschaftliche Lage derjenigen, welchen eine Einkommenserhöhung unerreichbar war, namentlich der Heimarbeiter, nicht verschlechtert hat. All dieses ist ein Grund zu der Befürchtung, daß die Unzufriedenheit des Arbeitnehmers, welcher die Sachlage nur einseitig von seinem Standpunkt aus beurteilt, trotz des besseren Verdienstes und der kürzeren Arbeitszeit, noch größer geworden ist.“

Mit diesem konservativen Urteil vergleiche man die Roheit der Scharfmacherpresse, die heute mehr als je über die Begehrlichkeit der Arbeiter schimpft.

r. c. Festlegung des Osterfestes. Seit mehreren Jahren wird in den gemerblichen Kreisen dafür Propaganda gemacht, die Festlegung des Osterfestes auf einen bestimmten Sonntag zu erreichen. Für alle Zweige des gemerblichen Lebens ist es von großem Wert, mit feststehenden Terminen rechnen zu können. Alle veränderlichen Termine stören die Ordnung. Die Festlegung des Osterfestes ist von Bedeutung für weitgreifende Bestimmungen aller Art, die mehr oder weniger in jedem größeren Betriebe zu treffen sind: für Berechnungen und Abmachungen, für die Aufstellung des Geschäftsplanes, für die Verteilung des Sommerurlaubs, für Umzüge, Annahme und Entlassung von Angestellten usw. Die Schwankungen des Osterfestes sind um so nachteiliger, als sich nach ihnen die Lage weiterer Feste, nämlich der Fastnacht, des Himmelfahrts-

und des Pfingstfestes richten. Insbesondere wirkt die Bemöglichkeit des Osterfestes sehr ungünstig durch den Einfluß, den es immer noch auf die Schulverhältnisse und damit auch auf die Entlassung und die Annahme von Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern ausübt. Für viele Gewerbezweige ist die Lage des Osterfestes auch wegen der wichtigen Oster- und Frühjahrsmessen von Bedeutung. Von besonderer Wichtigkeit ist ferner das Osterfest für sämtliche Saisongeschäfte. Fällt Ostern sehr früh, so wird die Frühjahrsaison vielfach beeinträchtigt, fällt es spät, dann wird dadurch die Sommer- resp. die Herbstsaison verkürzt. Da erst seit dem Jahre 1777 auf Betreiben Friedrichs des Großen der Gregorianische Kalender endgültig als allgemeiner deutscher Reichskalender angenommen und damit erst die Berechnung des Osterfestes nach der römisch-katholischen Methode einheitlich angenommen worden ist, da ferner auf eine grundsätzliche Opposition bei weltlichen und kirchlichen Stellen nicht zu rechnen ist, so ist Aussicht vorhanden, die Festlegung des Osterfestes auf einen bestimmten Sonntag zu erreichen. Professor Förster, der wissenschaftliche Vorkämpfer der ganzen Bewegung, schlägt als den Tag, auf den das Osterfest zu legen sei, den dritten Sonntag nach der Frühlings-Tag- und Nachtgleiche vor.

Die Arbeitslosenversicherung in Dänemark. Am 9. April 1907 ist in Dänemark ein Gesetz über anerkannte Arbeitslosenstellen erlassen worden. Die Entstehung des Gesetzes reicht in die Zeit vor 1900 zurück. In Dänemark steht die Organisation der Arbeiter und innerhalb der Organisationen die Arbeitslosenversicherung auf einem weit fortgeschrittenen Standpunkt. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter waren im Jahre 1903 teils in der zentralen Landesorganisation, dem Sambirkende Fagborund i Danmark, welcher 47 Verbände umfaßte, zusammengeschlossen, teils in zehn außerhalb desselben stehenden Verbänden und 15 lokalen Gewerkschaften. Diese Organisationen umfaßten 88 098 Mitglieder, also wenn man die Gesamtzahl der gewerkschaftlichen Arbeiterschaft auf etwa 200 000 veranschlagt, 44 pSt. aller gewerblichen Arbeiter. Unterstützung bei Arbeitslosigkeit zahlten im Jahre 1901 von den 61 der Landeszentrale angeschlossenen Verbänden bzw. lokalen Gewerkschaften 48 Organisationen am Ort oder auf der Reife. Diese weite Verbreitung der Arbeitslosenversicherung erklärt sich mit daraus, daß in Dänemark die Arbeitslosenziffern außerordentlich hoch sind. So betraf die Arbeitslosigkeit im Jahre 1902 zeitweise mehr als 20 pSt. der gewerkschaftlichen Mitglieder. Wollten die Verbände ihren Verpflichtungen nachkommen, so mußten sie ihre Mitglieder zum Teil recht stark belasten. Ihr Bestreben ging daher schon lange dahin, Unterstützung aus öffentlichen Mitteln zu erhalten. Wiederholt hat die sozialdemokratische Fraktion im Volkskongress bezügliche Anträge gestellt, und im Jahre 1903 wurde auch von dem Abgeordneten Paul Rasmussen ein Vorschlag zu einem Gesetz, betreffend anerkannte Arbeitslosigkeitsstellen eingebracht. Ein solches Gesetz ist nun im vorigen Jahre zu Stande gekommen.

Dieses Gesetz beruht auf dem System der Gewährung von Beihilfen an vorhandene, durch Selbsthilfe geschaffene Arbeitslosigkeitsstellen, also auf dem nach seinem Ursprungsort benannten Denter System. Als Arbeitslosigkeitsstellen gelten Vereinigungen von Personen, welche als Lohnarbeiter in einem oder mehreren bestimmten Berufen beschäftigt sind und sich mittels Beitrags zwecks gegenseitiger Unterstützung im Falle von Arbeitslosigkeit zusammenschließen haben. Wenn eine solche Kasse sich auf einen bestimmten Beruf bzw. auf mehrere bestimmte Berufe bezieht und mindestens einen Landesteil umfaßt oder wenn sie ausschließlich örtlich begrenzt ist, so kann sie den Charakter einer anerkannten Arbeitslosenkasse erlangen. Sie hat als solche einen Anspruch auf den Zuschuß des Staates, der ein Drittel des gesamten Prämienbetrages der Kasse ausmachen soll, im ganzen jedoch nicht über 250 000 Kronen beträgt, welche letztere unter die Kassen nach dem Verhältnis der Prämienbeträge verteilt werden. Die Kasse muß mindestens 50 Mitglieder haben. Bezühende Mitglieder können, abgesehen von den vor Erlass des Gesetzes schon aufgenommenen, nur solche sein, die ein Anrecht auf Staatshilfe mittels einer genehmigten Krankenkasse haben. Der Umfang der Arbeitslosenversicherung würde sich also mit dem der Krankenversicherung decken. Niemand darf als Mitglied aufgenommen werden vor dem vollendeten 18. oder — abgesehen von dem Uebertritt von einer Kasse zur anderen — nach dem vollendeten 60 Lebensjahre. Auch hat die Kasse die Befugnis, gewissen Elementen, die aus moralischen oder körperlichen Gründen ungeeignet erscheinen zu einer regelmäßigen Erwerbstätigkeit oder zum Zusammenarbeiten mit anderen, die Aufnahme zu verweigern oder sie auszuschließen, falls sie schon aufgenommen waren. Im übrigen darf niemand, der die gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt, die Aufnahme verweigert werden, vorausgesetzt, daß er dem Beruf bzw. den Berufen angehört, für welche die Kasse bestimmt ist, oder innerhalb ihres Bezirkes wohnt. Anerkannte Arbeitslosenkassen können aber auch solche Mitglieder aufnehmen, die nur Beiträge zur Kasse zahlen, ohne Anspruch auf Unterstützung zu haben. Solche erhalten die Rechte beziehender Mitglieder, sobald die nötigen Vorbedingungen erfüllt sind. Es ist hiermit auch die Möglichkeit gegeben, daß Personen, die nicht Arbeiter sind, Kassen organisieren und leiten.

Die Unterstützung kann sein: Reiseunterstützung, Mietzbeihilfe, Tagegeld und Naturalunterstützung. Das Tagegeld darf, wenn die Kasse beruflich begrenzt ist, nicht mehr als zwei Drittel des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes in dem vertretenen Beruf, bei örtlicher Begrenzung nicht mehr als zwei Drittel des allgemeinen Arbeitslohnes innerhalb des Bezirkes der Kasse, jedenfalls aber nie unter 50 Oere oder über 2 Kronen täglich betragen. Die Bezugsberechtigung wird erst nach einer Mitgliedszeit von zwölf Monaten erworben und setzt Zahlung der schuldigen Beiträge voraus. Außerdem ist eine Karenzzeit von sechs Tagen nach Eintritt der Arbeitslosigkeit festgesetzt, welche durch die Satzungen bis zu 15 Tagen ausgedehnt werden kann. Für Saisonarbeiter kann durch Verfügung des Ministers des Innern die Unterstützung in

gewissen Jahreszeiten ausgeschlossen werden, es sei denn, daß die Dauer der Arbeitslosigkeit länger als 15 Tage währt und in diesem Fall die Zahl der Tage besonders festgesetzt ist. Genau geregelt sind die Fälle, in denen keine Unterstützung gezahlt werden darf. Interessant ist hier besonders die Regelung des Zwanges zur Annahme von Arbeit. Unterstützung darf nämlich nicht gewährt werden an Mitglieder, die sich weigern, eine ihnen vom Kassenvorstand angewiesene Arbeit, die ihren Fähigkeiten entspricht, anzunehmen. Die Bestimmung ist dehnbar, und ihre zweckmäßige Handhabung wird nur dadurch gewährleistet, daß Berufsgenossen zu entscheiden haben. Eine gute Ergänzung bildet hier die Vorschrift, daß einem Mitglied, welches auf Anweisung des Vorstandes oder aus eigenem Antrieb eine Arbeit übernimmt, welche geringer entlohnt wird, als die Höchstunterstützung beträgt, der Verdienst bis zur Höhe der Maximalunterstützung erhöht werden kann. Auf diese Weise können Härten vermieden und die Kassen trotzdem entlastet werden.

Die Kontrolle der Kassen geschieht durch einen staatlichen Arbeitsloseninspektor, neben dem ein Ausschuß der Arbeitslosen und eine Jahresversammlung tätig ist. Ob diese Kontrolle genügt, muß abgewartet werden, ebenso, wie die Kontrolle der Arbeitslosen durch die Kassen sich bewährt. Jedenfalls bietet das Gesetz den organisierten Arbeitern nicht unerhebliche Vorteile, insbesondere da auch noch Gemeindezuschüsse vorgesehen sind. („Köln. Volkszeitg.“)

Polizeiliches und Gerichtliches.

Darf der Landrat Gewerkschaftsbeamte beleidigen? Beim Streik der schlesischen Granitarbeiter wurde vom Zentralverband der Steinarbeiter das Landratsamt Strehlen um Vermittlung angerufen. Zu den Verhandlungen, die eingeleitet worden waren (am 5. Juni), wurde aber kein Vorstandsmitglied des Verbandes eingeladen. Genosse Staudinger, Redakteur des „Steinarbeiter“, begab sich zum Landrat und fragte ihn, weshalb denn zu den Verhandlungen kein Vertreter des Zentralverbandes hinzugezogen werden solle. Darauf erklärte der Landrat, daß er an Stelle des Unternehmers Schall keinen Tarif abschließen würde. Die Arbeiter würden ja „angemessen“ bezahlt. Ueberdies erscheine ihm — dem Landrat — die Tätigkeit Staudingers völlig überflüssig. Wie komme St. dazu, sich in die Arbeitsverhältnisse der Schallschen Arbeiter einzumengen? Und als nun der Landrat die Kommissionsmitglieder in das Sitzungszimmer rief, meinte er zum Genossen Staudinger: „Sie beeinflussen die Arbeiter im ungünstigsten Sinne und überdies besteht ihre Tätigkeit bloß im Sehen.“ Auf die gegen diese Äußerungen des Herrn Landrats eingelegte Beschwerde ist nun dem Genossen folgende Antwort des Regierungspräsidenten zu Breslau am 2. August zugegangen:

J. A. II. 1502.
Auf Ihre Beschwerde gegen den Herrn Landrat des Kreises Strehlen erwidere ich Ihnen, daß nach den angestellten Ermittlungen kein Grund vorliegt, gegen den Landrat von Aufschwungswegen vorzugehen. Dem Landrat hat bei der in Gegenwart der drei Kommissionsmitglieder gemachten Äußerung, daß Sie die Arbeiter im ungünstigen Sinne beeinflussen und Ihre Tätigkeit im Sehen besteht, jede beleidigende Absicht ferngelegen. Durch die von ihm angestellte Ermittlung war für ihn festgestellt, daß Ihre Tätigkeit keine der Beilegung des Streiks günstige war, und war es nur seine Pflicht, Ihre Tätigkeit den Mitgliedern der Lohnkommission gegenüber zu charakterisieren. Die Form, in welcher dies geschah, ist zwar als scharf, den Tatsachen gegenüber aber als nicht beleidigend zu bezeichnen. J. B.: Quittmann.

Wie ist uns denn? Der Vorstand ersucht um Verhandlungen, um den Streik eventuell beizulegen. Sein Ersuchen beim Landrat hat den Erfolg, daß es zu Verhandlungen tatsächlich kommt. Und als derselbe Vorstandsvertreter zu den von ihm veranlaßten Verständigungsverhandlungen zugelassen werden will, wird er in Gegenwart seiner Verbandskollegen vom Landrat brüskiert und als „Seher“ bezeichnet. Der Regierungspräsident aber hält diese „Charakterisierung“ desjenigen, der die Verhandlungen veranlaßt hat, zwar für scharf, aber den „Tatsachen entsprechend“, das heißt: der Landrat wird zwar nicht reffiziiert, dafür wiederholt der Regierungspräsident diese Beleidigung. Daß sich Genosse Staudinger mit dieser Antwort nicht zufrieden gibt, ist selbstverständlich. Nunmehr hat der Oberpräsident das Wort über die „Seher“, die verhandeln wollen.

Vermischtes.

Berliner Streikbrecheragenten in Schlessien. Jene unsauberen Elemente, die auf der Suche nach Streikbrechern für Berlin das ganze Land durchquerten, haben auch Schlessien nicht verschont. Hier glaubten sie jedenfalls reiche Ernte halten zu können. Soweit bis jetzt bekannt geworden ist, haben sie indes nur wenig Erfolg gehabt. An einigen Orten sind sie noch obenrein arg verhöhnt und gepöbelt worden. Das geschieht ihnen natürlich ganz recht; denn wer zu so einem miserablen Berufe greift, den darf es wirklich nicht wundern, wenn er bisweilen an die falsche Adresse gerät und sich die gebührende Abfuhr wegholt. Solche Vorkommnisse dienen oft als heilsame Lehre, und mancher dieser Werber ist nicht zum zweiten Male losgezogen, weil er an den Erfahrungen des ersten Males überreichlich genug hatte. Jedoch es finden sich immer noch Leute, denen nach Abenteueren düstet, und die nebenbei aber auch auf diese Art ein gutes Geschäft glauben machen zu können. Die Zahl derjenigen, die sich zu diesem Zweck in den Dienst der Berliner Scharfmacher gestellt haben, ist keine geringe. Vielleicht übertrifft sie gar noch die Zahl der von ihnen angeworbenen Arbeitswilligen.

Einer dieser Helben war auf seiner Irrfahrt durch Schlessien auch nach Liegnitz gekommen, wo er nach echt Berliner Art „eine große Lippe riskierte“, und jedem, der es hören wollte, erzählte, daß er nur in die Tasche zu greifen brauche, um sich Polizei, Bahnhofsvorstand usw. dienstbar zu machen, die Arbeitswilligen, die sich von ihm anwerben ließen, also durchaus nichts zu fürchten hätten. Sein prahlerisches Getue, stieß aber schon von vornherein jeden ab, niemand

hüpfte auf die von ihm gelegten Weimruten, und um diesem Seelenverkäufer das Wiederkommen gründlich zu verleiden, einigten sich ein paar organisierte Maurer und Zimmerer dahin, scheinbar den verlockenden Angeboten zu folgen und sich von ihm für Berlin anwerben zu lassen. An Lohn sollten sie 85 M pro Stunde erhalten; für Schlafgelegenheit am Bau sollte Sorge getragen werden, ebenso für das Essen. Am 21. Juli, Nachts um 12 Uhr herum, sollte die Abreise erfolgen. Die Koffer waren vorher gepackt, allerdings nicht mit Werkzeug, sondern mit Steinen. Die Fahrkarten waren gelöst. Nicht wenig erstaunt war dann unser sich feiner Leute schon so sicher wägende Held, als plötzlich die Angeworbenen ihre Karten aufdeckten und ihm eine Nase breiteten. Mit Mühe und Not gelang es ihm schließlich noch, einen Zimmerer zu kapern. Das war die Frucht der ganzen tagelangen Arbeit. Leider ist dieser eine Zimmerer noch obenrein organisiert; er wußte also, welche Rolle er in Berlin spielen sollte, was sein Vergehen natürlich wesentlich erschwert. Aber nicht nur das; erst recht erschwerend kommt für ihn in Betracht, daß er noch drei Kameraden überredet hatte, mit ihm zu fahren. Diese ließen sich aber eines Besseren belehren, indem sie es ablehnten, zu Verrätern an ihren eigenen Berufsgenossen zu werden. Diese schätzbare Handlungsweise eines organisierten Zimmerers kann natürlich nicht scharf genug beurteilt werden.

Literarisches.

Der Deutsche Turntag in Worms. Eine kritische Beleuchtung von Karl Frey. Unter diesem Titel ist im Kommissionsverlage der Leipziger Buchdruckerei A.-G. (Abteilung Buchhandlung) eine äußerst aktuelle Schrift erschienen. Das 32 Seiten umfassende Heft behandelt in kurzen, markanten Zügen den auf dem Turntag in Worms besonders kraß zu Tage getretenen Gegensatz zwischen Deutscher Turnerschaft und Arbeiter-Turnerbund. Wer noch nicht wußte, daß die Deutsche Turnerschaft eine durch und durch arbeitserfeindliche Körperchaft ist, die ihre Hauptaufgabe in der Bekämpfung der Sozialdemokratie erblickt, der lese die Schrift. Aber auch der nichtturnenden Arbeiterschaft kann die Schrift empfohlen werden. Sie erfieht daraus, wie gut es das reaktionäre Bürgertum versteht, unter dem Deckmantel der Körperpflege die Jugend zum sogenannten Patriotismus zu erziehen. Da wird es zur bringenden Pflicht proletarischer Eltern, darauf zu achten, daß ihre Kinder nicht jenen Profolythenmachern in die Hände fallen, die unter Vorgabe, den Körper pflegen zu wollen, die Seele verüffeln. Wir können die Schrift, die in allen Parteibuchhandlungen zum Preise von 10 M zu haben ist, auf das wärmste empfehlen.

Bekanntmachungen

der
Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer
(E. S. Nr. 2 in Hamburg).

Bureau: Hamburg 22, Dehnhaide 17, 1. Et.
Postadresse: Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer, Hamburg 22.

Vom 1. bis einschließlich 31. Juli 1907 erhielt die Hauptverwaltung aus den örtlichen Verwaltungen: Aachen M. 46, Adlingen 75, Altenburg 100, Alt-Gloufow 89,89, Altona 100, Augsburg 105,80, Bielefeld 64, Boitzenburg 46, Bremen 400, Brunsbüttel 40, Brunsbüttel 117,83, Bochum 82,67, Biltow 53,70, Celle 100, Cöln 150, Deutsch-Wissa 80, Dortmund 150, Düsseldorf 150, Ebing 100, Eschheim 90, Eutin 35, Frankfurt a. D. 143,47, Freiburg I. 80, Friedrichsberg 300, Geesthacht 50, Gbrltz 120, Göttingen 250, Gr.-Flotbeck 100, Gr.-Harthau 100, Gr.-Lichterfelde 100, Gr.-Osterleben 70, Großfelheim 96,52, Gr.-Sjchweritz 66, Hagen i. Westf. 81,27, Hagen i. Pom. 28,67, Halberstadt 100, Halle 57, Hamburg II. 250, Hamburg-Eimsbüttel 200, Hamburg-Eppendorf 100, Hamburg-Hamm u. Horn 26,43, Hannover 150, Hannover-Linden 100, Heidelberg 70, Heilingsfeld 50, Heilbronn 100, Hemsbach 50, Hemslingen 82, Holtenu 70, Holzminde 60, Jena 36,50, Jüterbog 140,64, Kalkberg 100, Kempten 29,71, Kolmar 40, Köslin 100, Krpelin 30, Lahr 60, Leipzig I. 150, Lübnitz 77,73, Lübeck 100, Lützenwalde 150, Lützenberg 95, Mahlsdorf 16,30, Marburg 51, Meißen 217,28, Mühlheim 54,64, Neufalen 43, Neufloster 14, Neumünster 80, Nieder-Schönhausen 100, Oels 45,43, Oetisheim 45,22, Offenbach 82,24, Pforzheim 30, Pirna 30, Rathenow 150, Rostock 150, Rührda 32,50, Rudolfsstadt 40, Rummelsburg 150, Saarbrücken 37,30, Salungen 21,66, Schlaben 46,89, Schwabach 78,44, Schwartau 50, Schweinfurt 81,50, Segeberg 120, Soben 80, Spandau 200, Stargard 80,58, Stassfurt 30, Steinbel 160, Straßburg 18,60, Templin 18,50, Thorn 40, Tiffit 34,50, Unter-Türkheim 28,29, Vegeack 45,22, Wansee 80, Wattensteid 100, Weimar 50, Wilhelmshagen 87,45, Wilhelmshagen 69,53, Wittenberg 140, Zehdenick 55. Summa M. 9371,40.

Zuschuß erhielten die örtlichen Verwaltungen: Adlingen 70, Bäckingen 300, Brandenburg 50, Frieda 15, Fürth 100, Göttingen 200, Gr.-Wockern 100, Halberstadt 120, Hunds-feld 60, Kiel-Gaarden 50, Lehnin 50, Ludwigshafen 40, Magdeburg 150, Mainz 160, München 50, Neuenhagen 72, Neuspaach 50, Pirna 140, Reichenbach 160, Rixdorf 300, Schnebeck 150, Scharf 310, Sittigart 150, Teßlin 40, Werben 70, Wandsbek 250, Warnemünde 100, Wilhelmshagen 100, Wilmerdorf 200, Wülfeden 100. Summa M. 3707.

Berichtigung: In voriger Bekanntmachung soll es bei den an die Hauptkasse gesandten Geldern heißen: Spandau M. 200, Steglitz M. 250.
Der Vorstand.

Veranstaltungsanzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden so kurz wie möglich gefakte Veranunlungsanzeigen mmentgeltlich aufgenommen.)

Samstag, den 18. August:
Altdamm: Nachm. 4 Uhr bei Böbel, Fürstenstr. 31.
Montag, den 19. August:
Göttingen: Bei Achilles, Neustadt 29. — **Konstanz:** Abends 8 Uhr in der „Helvetia“. — **Wismar:** In der „Janja“.

Dienstag, den 20. August:

Barmen-Eberfeld: Abends 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus in Barmen, Parlamentstr. 5. — **Braunschweig:** Im „Bayerischen Hof“, Delschlager 40. — **Dortmund:** Abends 8½ Uhr bei Steinmann, 1. Kampstr. 78. — **Duisburg:** Abends 8½ Uhr bei A. Marks, Felsstr. 9. — **Friedrichshagen:** Bei Max Verche, „Bürgerfale“. — **Hannover:** Abends 8 Uhr im „Wallhof“. — **Jauer:** Eine halbe Stunde nach Feierabend. — **Langensalza:** Abends 7 Uhr. — **Nordenham, Bez. Emswörden:** Bei G. Witter. — **Oberfalzbrunn:** Im „Annahof“. — **Offenbach:** — **Selb:** Abends 8 Uhr in Max Krauthelms Restaurant. — **Soran:** Im Gasthaus „Zur Eile“. — **Ulm:** Abends 7 Uhr im „Hohentwiel“.

Mittwoch, den 21. August:

Ablershof: In Laues „Gesellschaftshaus“. — **Cöln-Nippes:** Abends 9 Uhr bei Wwe. Schäfer, Florastr. 80. — **Emden:** Abends 8 Uhr in „Vellebue“. — **Forst:** Eine halbe Stunde nach Feierabend bei Karl Fendler, „Gesellschaftshaus“, Am Haag. — **Glogau:** Im „Ratskeller“. — **Jastrow:** Abends 8 Uhr bei Schmechling, Töpferstr. 141. — **Lehe-Großemünde:** Im „Colosseum“ in Bremerhaven. — **Liegnitz:** Im Gewerkschaftshaus, Zur Hinterbleiche.

Donnerstag, den 22. August:

Greifswald: Bei Jupit, Langreihe 88. — **Lübeck:** Abends 8½ Uhr im „Bereinshaus“, Johannisstr. 60. — **Rosflau:** „Zur goldenen Krone“. — **Wanne:** Abends 8 Uhr bei Homburg, Schulstr. 9.

Freitag, den 23. August:

Cassel: Abends 8 Uhr im „Nunten Bod“. — **Coburg:** „Goldener Hirsch“. — **Eisenach:** Nach Feierabend im „Goldenen Engel“, Katharinenstr. 147. — **Jena:** Abends 7 Uhr im Restaurant „Röll“. — **Stuttgart-Ostheim:** Abends 8 Uhr in der „Ostheimer Bierhalle“, Ostentstraße.

Sonntag, den 24. August:

Bergedorf: Abends 8 Uhr bei D. Wandte, „St. Petersburg“. — **Bruchsal:** Nach Arbeitschluss. — **Eisenberg:** Bei Winter, Adolfsstraße. — **Frankenthal:** Eine halbe Stunde nach Arbeitschluss im Gasthaus „Zum Brückenkopf“. — **Hagen i. Westf.:** Abends 8½ Uhr im „Volkshaus“, Wehringhäuserstraße 89. — **Herne:** Abends 8 Uhr bei Womm, Bochumerstr. 7. — **Höchst:** Jeden Sonnabend von 5 bis 6 Uhr Abends Beitragszahlung im Gasthaus „Zum Vogel Rock“. — **Mühlhausen i. Thür.:** Abends 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Mürtingen:** Von 6½ bis 8½ Uhr Abends im „Löwen“. — **Plauen i. V.:** Jeden Sonnabend von 7 Uhr ab Abends im „Schillergarten“, Pflauserstraße. — **Polzin:** — **Radolfzell:** Im Gasthaus „Zum Krokobil“. — **Reimscheid:** Abends 8½ Uhr bei Driefel, Bismarckstr. 18. — **Schwelm:** Bei Hugo Jakobs, Osterstr. 21. — **Singen a. Hohentwiel:** Abends 8 Uhr in der „Germania“. — **Weihenfeld:** Abends in der „Zentralhalle“. — **Witten:** Abends 8½ Uhr bei Aug. Kaase, Oberstr. 17. — **Zittau:** Jeden Sonnabend von 5 Uhr Abends ab Abends im Volks- und Gewerkschaftshaus, Breitestraße.

Sonntag, den 25. August:

Aachen: Bei Horstmeier, Giffhornsteinstr. 18. — **Alsfeld:** Im „Goldenen Stern“, Altenburger Weg. — **Annaburg:** Im „Annaburger Gesellschaftshaus“, Herm. Ved. — **Andach:** Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Zum wilden Mann“. — **Arnswalde:** Nachm. 8 Uhr im „Selben Löwen“, Mittelstraße. — **Belgern:** Nachm. 8 Uhr in Bräutigams Lokal. — **Belzig:** Nachm. 8 Uhr bei Thiele, Sandberge. — **Bielefeld:** Vorm. 9½ Uhr in der „Zentralhalle“, Kaiser Wilhelmplatz. — **Bitterfeld:** Nachm. 8 Uhr im „Hohenzollern“. — **Brake-Werne:** Nachm. 4½ Uhr im Gasthof „Zur Börse“. — **Bruchmühl:** Nachm. 8 Uhr bei Alb. Nagel. — **Burg a. Fehm.:** Nachm. 8 Uhr beim Gastwirt Kroll. — **Calbe:** Nachm. 8 Uhr in der „Reichskapelle“. — **Cassel-Dörnhausen:** Nachm. 2 Uhr beim Gastwirt Siebeth in Gurgagen. — **Cremmen.** — **Detmold:** Vorm. 9 Uhr bei Albede, Paulinen- und Freiligrathstrassen-Ecke. — **Eppstein.** — **Flottbek:** Bei B. David in Dudenhuden. — **Friedland i. M.:** Nachm. 4 Uhr in Sieberts Lokal. — **Fürstenwalde:** Vorm. 9½ Uhr in der „Schloßkellerei“, Am Kirchplatz. — **Gamm:** Vorm. 10½ Uhr bei Karl Winkler. — **Gebe:** Nachm. 4 Uhr bei W. Off. — **Königs-Lutter:** Nachm. 4 Uhr. — **Kröpelin:** Nachm. 2 Uhr in der Herberge. — **Langen:** Im „Lämmchen“. — **Lauenburg:** Nachm. 4 Uhr bei Paap, Elbstr. 44. — **Lübz i. M.:** Im Gasthaus „Zum Stern“. — **Mannheim, Bez. Osterheim:** Vormittags. — **Memel:** Vorm. 11 Uhr im Gewerkschaftshaus bei Tillot, Holzstr. 3. — **Meuselwitz:** Nachm. 2½ Uhr im Gasthof „Zum Kaiser“. — **Mühlheim a. Rh.:** Bez. Wiesdorf: Nachm. 4 Uhr bei Rudolf Krüner, „Schaffstall“. — **Mühlheim a. d. Ruhr:** Vorm. 10 Uhr bei Hollenberg, Dickswall 10. — **Neufloster:** Nachm. 4 Uhr in der Herberge. — **Neuruppin:** Bei Alb. Wbs, „Gasthaus zum Schwan“. — **Nieder-Schönhausen:** Beitragsentgegennahme in Sattelkorn „Waldschlößchen“. — **Binneberg:** Nachm. 4 Uhr in der „Zentralhalle“. — **Oberhausen:** Vorm. 11 Uhr bei Herrmanns, Grenzstraße. — **Raseburg.** — **Ronneburg:** Im „Weißen Schwan“. — **Sonneberg:** Bei Fr. Gruner, Lindenhof. — **Schneidemühl:** Nachm. 4 Uhr bei Bloch, Breitestr. 41. — **Treptow a. d. Tollense:** Nachm. 4 Uhr im Wätkow'schen Lokal. — **Ueterründe:** Nachm. 4 Uhr bei Kuno. — **Warin:** Abends 6 Uhr in der Herberge. — **Werder:** Bei Koch, Fischerstraße 98. — **Wernigerode:** Im „Wolfsgraben“. — **Westerstede:** Bei Guido Deiken. — **Wilhelmshaven-Varel:** Bei Wefer, Vangelstraße. — **Wolfsbüttel:** „Zur Tanne“. — **Wunfiedel:** Nachm. 2 Uhr auf der „Königshöhe“. — **Zoffen:** Nachm. 3 Uhr bei Schinke, Barutherstr. 51. — **Zweibrücken:** Im „Goldenen Stern“.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt der General-Kommission“ für die Lokalvorstände resp. Vertrauensmänner bei. Des Stoffandranges wegen mußten einige Versammlungsberichte zurückgestellt werden.
Singen G. D. u. J. J. Das ist nicht zulässig. Aus anderen Organisationen (also auch ausländischen) Uebertretenden

ist ein Mitgliedsbuch unseres Verbandes auszustellen und darin zu bemerken, an welchem Tage und aus welcher Organisations-ber Uebertretung erfolgte. (Vergl. Kommentar zum Verbandsstatut § 8 Abs. 6.)

Anzeigen.

(Den Anzeigen wird der Kostenpreis in Klammern beigebrucht. Das Geld ist ohne weitere Aufforderung so bald wie möglich unter der Adresse August Bringmann, Hamburg I, Besenbinderhof 57/66, 3. Et., einzusenden. Die Post befördert Geldbeträge bis zu M. 5 für 10 ¼ per Postanweisung. Wir bitten daher, keine Briefmarken, sondern bares Geld zu senden.)

[M. 4,20]

Nachruf.

Am 5. August verschied infolge eines Stöchlages unser Kamerad

Wilhelm Ensling

im Alter von 62 Jahren. Er war ein langjähriges Mitglied und Mitbegründer unserer Zahlstelle. Wir verlieren in ihm einen treuen Kameraden, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Die Zahlstelle Darmstadt u. Umg.

Nachruf.

Am 6. August verschied plötzlich und unerwartet unser treues Mitglied, der Kamerad

Wilhelm Scholz

im Alter von 47 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

[M. 3,60] Die Zahlstelle Löwenberg i. Schl.

Nachruf.

Am 25. Juli verstarb unser Verbandsmitglied

Julius Erdmann

im Alter von 29 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

[M. 3,30] Die Zahlstelle Bromberg.

Todesanzeige.

Am 29. Juli starb infolge Unglücksfalles das Mitglied

Emil Speer

im Alter von 28 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

[M. 3,60] Die Zahlstelle Liegnitz.

Zahlstelle Neu-Ruppin.

Unsere Mitgliederversammlungen finden von jetzt ab jeden letzten Sonntag im Monat im Gasthaus „Zum Schwan“, bei Albert Plötz statt.

Der Vorsitzende **Alb. Koch**, wohnt Bechliner Chaussee; der Kassierer **O. Hegermann**, Wulffestraße. Arbeitslose Kameraden melden sich beim Kassierer von 12 bis 1 Uhr Mittags und von 5 bis 6 Uhr Abends. Die Arbeitslosenunterstützung wird ebendasselbst, Sonntags von 10 bis 12 Uhr Vormittags ausgezahlt.
[M. 1,20] Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer Hamburg I u. II.

Mittwoch, den 21. August, Abends 8½ Uhr:

Angeordnete Mitgliederversammlung

bei Gening, Gothenstr. 58, Verkehrslokal.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom ersten und zweiten Quartal. 2. Bericht der Delegierten von den freien Hilfskassen. 3. Wahl von Revisoren. 4. Verschiedenes.
[M. 1,30] Der Vorstand.

Zahlstelle Brieg.

Die Neuierung, die ich gegen den Kassierer **H. Proussner**, wie gegen den gesamten Vorstand gemacht habe, nehme ich hiermit zurück und beste Abbitte.
[M. 1,80.] **Johann Poguntke, Klein-Leubusch.**

Sage hiermit meinen besten Dank für die mir während meiner Krankheit von der Zahlstelle Essen und den Kameraden in Velbert zu teil gewordene Unterstützung.
[M. 1,20] **Emil Walter, Velbert.**

Karl Geidel, wo steckst Du? Sende Deine Adresse an **G. Flomming**, fremder Zimmerer, Cöln a. Rh., Kleiner Griechenmarkt 69.
[90 ¼]

Hermann Krause aus Pommern, wo steckst Du? Mitteilung erbeten an: **Robert Mausolf**, fremder Zimmerer, St. Gallen (Schweiz), Gasthaus „Zum Bedarf“.

Kamerad **Paul Haase** aus Lübeck schicke Deine Adresse an **Otto Herwert, Kalkenkirchen i. Holst.**, bei Gust. Brimmer.
[90 ¼]

Unserem Vorsitzenden **Gustav Hamm** zu seiner 20jährigen Mitgliedschaft im Verband ein dreifach donnerndes Hoch!
[M. 1,50] Die Kameraden der Zahlstelle Solingen.

Unserem Kameraden und Schriftführer **Adolf Rübosamen** zu seiner am 17. August stattfindenden Vermählungsfeier ein dreifach donnerndes Hoch!
[M. 1,50.] Die Kameraden der Zahlstelle Goslar.

Den Kameraden **Karl Wickert** und **Gustav Lindhorst** zu ihrem Wiegenfeste ein dreifach donnerndes Hoch!
[M. 1,50] Die Zahlstelle Bergen b. Celle.

4 bis 6 Zimmerleute erhalten dauernde Beschäftigung bei **O. Kramer**, Bauunternehmer, Warnow b. Grevesmühlen i. Mecklb.
[1,80]

Zeteler Bauschule von Heinrich Fischer. Polier- und Meisterkurse. Vollständige Ausbildung in allen für das Meisterexamen und die Praxis notwendigen Fächern in einem Winter. Lehrplan, Anmeldebogen und Auskunft kostenl. durch **Heinrich Fischer, Zetel.**

Stamm-Bierkrüge sowie Pfeifen für fremde Zimmerer, Maurer und Schieferbeder (Modell Sent) liefert die bekannte Firma **Gebr. Bergmann, München**, Hohenzollernstr. 158.

Meine neueste Preisliste ist erschienen Verlangen Sie diese gratis und franko. **Louis Mosberg, Bielefeld**, [M. 1,80] Breitestr. 44, Papenmarkt-Ecke.

Neu! Soeben erschien Neu!
Das Zimmerer-Handwerk von **Gustav Blohm.**
Für nur 2 Mark monatliche Teilzahlungen liefert die Firma **E. H. Friedr. Reisner, Leipzig**, sofort das vollständige Werk. Preis: 22 Mark. Mit Modellmappe.
Im „Zimmerer“ No 26 von der Redaktion besprochen.
????????????

Bauschule Zetel i. O. Meister- und Polierkurse. Vollständige Ausbildung in einem Winter. Beginn des nächsten Unterrichtskursus am 1. Nov. Lehrplan u. Anmeldebogen kostenlos durch **C. Rohde, Zetel.**

Zimmerer Deutschlands! 38 Länder, prima, 2 B schwer, M. 6; Dresdener Zimmermannshose à Paar M. 4,50, 5 Paar zusammen M. 20; garantiert echt schwarze Samthose M. 10; prima Leberhose, Sorte I M. 6,50, Sorte II (2½ B schwer) M. 4,80; echt braune und echt schwarze Manchester-Hosen, Sorte I M. 8, Sorte II M. 6; Jackets (eins- und zweireihig), Sorte I M. 15, Sorte II M. 12, mit gutem, warmem Futter; garantiert echt schwarze Samtweste, zweireihig (Perlmutterknöpfe), à Stück M. 4,80, 5 Stück M. 21.

Neu! Garantiert echt schwarze Leberhosen, **Dreibrautgewebe**, mit Leberfätschen, à Paar M. 6; Jackets mit warmem Futter M. 11; Hose, Sorte II M. 5, Jacket M. 10; nach Maß zu gleichen Preisen versendet überallhin porto frei. Streng reell. Nicht Gefallendes nehme retour. Verlangen Sie die Preisliste frei!
Emil Hohlfeld, Dresden-N., Ritterstr. 2-4. Versandhaus und Fabrikation für Zimmerer und Maurer.